

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreigepaltene Pettzeile 30 Pfg., für Mitgliederkassen 20 Pfg.

Das Wirtschaftsjahr 1907.

Schon bei Beginn des jetzt zu Ende gegangenen Jahres wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die günstige Konjunktur der Vorjahre das Jahr 1907 nicht überdauern werde. Diese Befürchtung hat sich eher bewahrheitet, als irgend jemand erwartete. Zwar hat es nie an Warnungsrufen gefehlt; auch wir haben verschiedentlich auf den unabwiesbaren Rückschlag hingewiesen; doch wurde allen Voraussetzungen wenig Beachtung geschenkt, und namentlich die Kapitalisten hatten bei ihrer Jagd nach Gold keinen Blick für die Zukunft.

Ernstlich pessimistische Betrachtungen über die wirtschaftliche Lage tauchten im Februar auf und mehrten sich, als im März eine heftige Erschütterung des Geldmarktes eintrat. Die Mitte des Jahres ließ zwar die Befürchtungen nochmals verschwinden, indem namentlich die Beschäftigungsgelegenheit erheblich zunahm, die Bautätigkeit eine sehr lebhaft wurde und namentlich in den großen Industrien die Aufträge kaum erledigt werden konnten. Doch bald türmten sich die Wetterwolken am wirtschaftlichen Horizont hoch auf und in der Lage des Beschäftigungsgrades trat Anfang August eine bedenkliche Wendung ein, die auch die Optimisten stutzig machen mußte. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes vergrößerte sich in den folgenden Monaten zusehends, und jetzt am Schlusse des Jahres herrscht bereits erschreckende Arbeitslosigkeit, die böse Ahnungen für die Zukunft aufsteigen läßt.

Das einzig günstige Moment der hereinbrechenden Krise ist ihr langsames Kommen, das wohl zum Teil durch das Bestreben der Kapitalisten, vor dem Zusammenbruch noch möglichst viel Gewinne herauszuholen und andererseits durch die außerordentlich günstigen Vorjahre, die langfristige Geschäftsabschlüsse brachten, bedingt ist.

Als sich im Jahre 1900 die ersten Anzeichen des gewerblichen Niederganges bemerkbar machten, setzte alsbald eine ganz deutliche und stetig fortschreitende Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein. Jeder Zweifel an der Abwärtsbewegung der Konjunkturkurve war damals ausgeschlossen, während die Verhältnisse diesmal nicht so einfach und klar lagen. Die Schwankungen der Konjunkturkurve im vergangenen Jahr ließen keine genauen Schlüsse zu, erweckten im Gegenteil immer wieder trügerische Hoffnungen auf eine Besserung der Lage.

Um eine Vorstellung von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1907 im Vergleich mit anderen Jahren zu geben, bringen wir nachstehend für das günstigste Jahr der letzten Aufschwungsperiode, für das ungünstigste Jahr der Krise, für das günstigste Jahr des diesmaligen Aufschwunges und endlich für das Berichtsjahr die Indexziffern des Andranges an den öffentlichen Arbeitsnachweisen nach den monatlichen Berechnungen des „Arbeitsmarktes“. Es kamen auf 100 Stellen Arbeitsjuchende:

	1899	1902	1906	1907
Januar	131,6	220,2	138,5	126,2
Februar	111,1	208,3	120,4	106,8
März	89,3	148,9	100,9	94,9
April	95,5	147,5	100,3	97,3
Mai	98,9	172,0	101,5	100,7
Juni	93,6	167,8	105,1	94,4
Juli	100,7	163,4	106,2	115,5
August	92,5	161,5	98,4	106,9
September	98,9	133,6	87,9	101,1
Oktober	109,0	174,3	108,2	123,1
November	130,1	225,8	135,1	161,7
Dezember	127,6	203,9	124,7	

Das Gepräge des Arbeitsmarktes war danach in der ersten Hälfte des Jahres noch günstiger als 1899, zeigt aber von da an ein starkes Emporsteigen der Beschäftigungskurve,

das allerdings in den Monaten August und September etwas nachließ, um darauf noch stärker emporzuschwellen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Steigerung im letzten Monat des Jahres, für den statistische Ziffern noch nicht vorliegen, angehalten hat, womit der zahlenmäßige Nachweis für die immer schlechter werdende Konjunktur geliefert ist.

Was die Beschäftigungsgelegenheit in unserem Beruf betrifft, so haben wir diese ja von Monat zu Monat verfolgt und dabei jedesmal registrieren müssen, daß die Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, soweit sie von unserem Verband umfaßt werden, keine rosige ist. In der Zuckerwarenbranche ist mit Ausnahme der Zeit vor Ostern und Weihnachten der Geschäftsgang kein besonders guter gewesen, dagegen war die Biskuit- und Cafesindustrie besser beschäftigt. Günstige Berichte darüber liegen für das ganze Jahr vor; im September war in Anbetracht des Weihnachtsgeschäfts auch in der Zuckerwarenbranche sehr viel Arbeit. Nach den Arbeitslosenziffern des kaiserl. Statistischen Amtes hatte unser Verband im Jahresdurchschnitt 1907 24,1 pZt. Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wobei auf jeden Arbeitslosenfall 12 Arbeitslosentage kommen. Eine Uebersicht über die Schwankungen der Arbeitsgelegenheit geben die für die einzelnen Quartale ermittelten Ziffern. Danach kamen:

	Auf 100 Fälle von Arbeitslosigkeit	Auf jeden einzelnen Fall Arbeitslosentage
Am Beginn des 1. Quartals	20,7	9,3
" " " 2. "	23,8	14,0
" " " 3. "	26,4	13,6
" " " 4. "	25,5	11,3

Um die Bilanz eines Jahres für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter festzustellen, ist neben der Untersuchung über die Beschäftigungsgelegenheit insbesondere noch die Rechnung aufzustellen, zu welchen Löhnen die Arbeiter beschäftigt waren und welche Veränderungen die Kaufkraft des Geldes erfahren hat. Dank der regen Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen kann ohne weiteres konstatiert werden, daß die Arbeitslöhne gestiegen sind. Wenn wir sagen, daß diese Steigerung der Organisation zu verdanken ist, so ist das keineswegs eine Ueberhebung und bedarf auch keines weiteren Beweises, da die „Bereitswilligkeit“ der Unternehmer in bezug auf Lohnerhöhungen wohl bekannt ist und auch nur in den seltensten Fällen aus freier Entschließung Lohnaufbesserungen erfolgt sind. Zum größten Teil waren die Arbeiter genötigt, auf eine Verbesserung ihrer Löhne zu dringen, da sie das eiserne Ruch der wirtschaftlichen Verhältnisse dazu zwang. Inwieweit, in welchem Umfang und in welcher Höhe eine Steigerung der Löhne eingetreten ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht ohne weiteres feststellen. Die einwandfreiesten Nachweise darüber liegen vor von den Lohnlisten des Berliner Zentralarbeitsnachweises, von den Nachweisungen der in den Bergbaubezirken Preußens beschäftigten Bergarbeiter, von statistischen Erhebungen einiger Berufsverbände und von den Berufsgenossenschaften. Die durchschnittlich berechnete Lohnsteigerung beträgt etwa fünf vom Hundert, einige Glückliche haben Lohnerhöhungen von 8 und 10 pZt. erhalten; demgegenüber stehen jedoch andere, die nicht einmal diesen geringen Durchschnittssatz erreichten. Denn gering müssen die Lohnerhöhungen genannt werden im Hinblick darauf, daß der verdiente Lohn lange nicht mehr denselben Wert hat wie früher. Da die Kaufkraft des Geldes speziell im abgelaufenen Jahr kolossale Veränderungen erfahren hat, kann man sogar zu dem Schlusse kommen, daß die Erhöhung nicht gleichen Schritt damit gehalten hat und deshalb keine Verbesserung,

sondern eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eingetreten ist.

Das Jahr 1907 hat uns eine Leurung gebracht, die über das Maß alles Dagewesenen hinausgeht. Nicht nur sämtliche Lebensmittel, auch Kleidung, Feuerung, Wohnung sind mit weiteren Wucherpreisen belegt worden, wodurch den Arbeitern die Früchte der Hochkonjunktur wieder geraubt wurden. Haben die Arbeiter aber keine materiellen Vorteile erzielt, so haben sie wenigstens soziale und kulturelle Fortschritte erreicht durch Erämpfung kürzerer Arbeitszeit, Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse durch Tarifverträge, bessere Behandlung, Beseitigung zahlreicher Mißstände und Herbeiführung vieler Verbesserungen für Hunderte und Tausende unserer Kollegen.

Alle diese Fortschritte mußten jedoch erst erkämpft werden, und das Jahr 1907 hat sich deshalb als ein soziales Kampfsjahr seinen Vorgängern würdig angereiht. Die kommende Zeit wird kaum weniger Kämpfe bringen; aber sind sie seither in der Hauptsache geführt worden, um Verbesserungen zu erreichen, so wird es bald nötig sein, die Hauptkämpfe zu führen, um das Erreichte festzuhalten. Die Unternehmer haben während der günstigen Geschäftsperiode nicht nur Gewinne eingeharnt, sondern auch ihre Organisationen ausgebaut, um zu gelegener Zeit auf ihre Macht pochend, den Arbeitern Gesetze zu dekretieren. Die Arbeiterklasse hat gegenüber den auf sie einströmenden Feinden nur eine Wehr, und die ist ihre Organisation. Diese hat, das kann mit Genugtuung konstatiert werden, nach innen und außen weiteren Ausbau erfahren, die Reihen haben sich erfreulich gemehrt, und stolz und mutig können wir in die Zukunft blicken. Für die aber, die noch abseits stehen, ist es die höchste Zeit zum Anschluß. Die Krise kommt mit allen ihren Schrecken, und nur ein einiger Zusammenhalt kann sie mildern. Die Kapitalistenklasse setzt alles daran, um das Streben der Arbeiter nach wirtschaftlicher Besserstellung und politischer Freiheit niederzudrücken; ein Verräter ist der, der in solchen Zeiten nicht zur Fahne steht.

Zur Errichtung eines Industrieverbandes.

Der Aufforderung des Verbandsvorstandes zur Errichtung eines Industrieverbandes Stellung zu nehmen, ist bereits eine Anzahl Mitglieder nachgekommen. Es erschienen bisher sechs Artikel im zustimmenden und sechs Artikel im ablehnenden Sinne. Man wird zugeben, daß jetzt die Gefahr besteht, daß die weiteren Einbringungen bloß Wiederholungen des schon Gesagten bringen werden. Wir ersuchen deshalb die Mitglieder, nur noch dann das Wort zu nehmen, wenn sie wirklich neue Gesichtspunkte in die Debatte werfen können, und bitten auch, sich nicht in Weit-schweifigkeiten zu verlieren. Unsere Agitations- und sonstige Organisationsarbeit darf durch die Industrieverbandsfrage nicht zu sehr beeinträchtigt werden oder ins Stocken geraten. Da aber die eigentliche Debatte erst in nächster Zeit in den Mitgliedschaften einsetzen wird, halten wir es für notwendig, dazu noch Material beizutragen, auf welches bisher nur ganz oberflächlich eingegangen wurde, weil es den Kollegen nicht zur Hand war. Wir meinen die zahlenmäßige Darstellung der inneren Verhältnisse der einzelnen Verbände über ihre Beitrags- und Unterstützungs-Einrichtungen. Es wird dies zu den Versammlungen eine brauchbare Unterlage geben.

Wir können dazu zum Teil die Zusammenstellung benutzen, welche zu gleichem Zwecke in der „Mühlenarbeiterzeitung“, dem Organ des Müllerverbandes, gegeben wurde.

Die Stärkeverhältnisse der vier in Frage kommenden Verbände gestaltete sich wie nachstehend:

Am 31. Dezember 1906 hatten entsprechend den geleisteten Beiträgen Mitglieder der Bäckerverband 11 197 — dazu kommen 1850 Konditoren, welche bis zum Schlusse des dritten Quartals übergetreten waren, so daß sich eine Gesamtmitgliedszahl von 14 047 ergibt —, der Brauerverband 28 092, der Mühlenarbeiterverband 4832 und die Fleischerorganisation 2836.

Im Jahresdurchschnitt hatten die vier Verbände zusammen circa 48 000 Mitglieder.

Zahlstellen hatten Ende 1906 die Verbände: Brauer 228, Bäcker 99, Mühlenarbeiter 86, Fleischer 47.

Die Jahreseinnahme der vier Verbände, die Ausgaben und der Vermögensbestand gestalteten sich folgendermaßen:

	Einnahme		Ausgabe		Vermögensbestand	
	M.	M.	M.	M.	in Summa	darüber in der Hauptklasse
Brauer.....	548388	283233	284884	253947		
Bäcker.....	258116	211864	118538	101354		
Müller.....	115970	115270	47380	37949		
Fleischer.....	31745	81685	11014	5978		

Pro Mitglied und Jahr hatten die Verbände eine Einnahme: Bäckereiarbeiter M. 20,14, Brauereiarbeiter 20,33, Mühlenarbeiter 25,05 und Fleischer 11,68.

An Ausgaben hatten pro Mitglied und Kopf der Bäckerverband M. 16,85, der Brauerverband 14,23, der Mühlenarbeiterverband 24,90 und der Fleischerverband 11,66.

Der Vermögensbestand betrug Ende 1906 pro Kopf bei den Bäckern M. 4,43, den Bräuern 10,54, den Mühlenarbeitern 10,24 und bei den Fleischern 4,05.

An Wochenbeiträgen erhoben im Jahre 1906: wir 50, die Brauer 45, die Fleischer 30 und die Müller 40 M. Mit Ausnahme des Brauerverbandes, bei dem voraussichtlich eine kleine Beitragserhöhung im Laufe des Jahres 1908 kommt, werden jetzt in den übrigen drei Verbänden 50 Pfg. Wochenbeitrag erhoben.

Allerdings hat der Müllerverband noch für Mitglieder unter M. 18 Wochenbeitrag eine Beitragsklasse I von 30 M. wöchentlich. Außerdem hat jedes Mitglied monatlich eine Sterbemerkel (10 M.) zu zahlen.

Alle vier Verbände gewähren Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung, Streik-, Gemahregelungenunterstützung und solche in Notfällen. Wir legen voraus, daß den Mitgliedern die diesbezüglichen Leistungen unseres Verbandes genügend bekannt sind, so daß wir nähere Angaben darüber nicht zu machen brauchen.

Der Brauereiarbeiterverband gewährt seinen arbeitslosen und kranken Mitgliedern nach einer vierzehntägigen Wartezeit Unterstützung und zwar:

a) An männliche Mitglieder.

Nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:	52 Wochen (1 Jahr) pro Tag M.	bis zu 45 Tagen
156 (3 Jahre) " " " " " "	1,-	60 "
260 (5 Jahre) " " " " " "	1,-	75 "
364 (7 Jahre) " " " " " "	1,-	90 "

b) An weibliche Mitglieder.

Nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:	52 Wochen (1 Jahr) pro Tag M.	bis zu 45 Tagen
156 (3 Jahre) " " " " " "	0,50	60 "
260 (5 Jahre) " " " " " "	0,50	75 "
364 (7 Jahre) " " " " " "	0,50	90 "

Mitgliedern, die ausgesperrt werden, wird Unterstützung ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft gewährt. Maßregelungsunterstützung in Höhe der Streikunterstützung wird gewährt an Mitglieder, die im Auftrage des Verbandes, Gau- und Zahlstellenleistungen tätig waren und dieserhalb gemahregelt wurden.

Sterbegeld wird gewährt:

a) An die Hinterbliebenen männlicher Mitglieder.

Nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:	52 Wochen (1 Jahr) die Summe von M.
156 (3 Jahre) " " " " " "	45,-
260 (5 Jahre) " " " " " "	60,-
364 (7 Jahre) " " " " " "	75,-
364 (7 Jahre) " " " " " "	90,-

b) An die Hinterbliebenen weiblicher Mitglieder.

Nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:	52 Wochen (1 Jahr) die Summe von M.
156 (3 Jahre) " " " " " "	22,50
260 (5 Jahre) " " " " " "	31,-
364 (7 Jahre) " " " " " "	37,50
364 (7 Jahre) " " " " " "	47,-

Die Streikunterstützung beträgt bei dreitägiger Wartezeit pro Tag inklusive Sonntag:

a) M. 1,50 für Unverheiratete, M. 2 für Verheiratete, für jedes Kind bis zu 15 Jahren 20 M. bis zum Höchstbetrag von M. 1 pro Tag.

b) Für weibliche Mitglieder die Hälfte.

Im Müllerverbande gelten folgende Unterstützungsätze:

Für die 1. Klasse:	
Bei 1jähriger Mitgliedschaft pro Wochentag M.	—,50
" 2 und mehrj.	—,75
Für die 2. Klasse:	
Bei 1jähriger Mitgliedschaft pro Wochentag M.	—,75
" 2 " " " " " "	1,-
" 3 " " " " " "	1,20
" 4 und mehrj.	1,50

Krankenunterstützung kann gewährt werden an Mitglieder auf die Dauer von 40 Tagen:

Für die 1. Klasse:	
Bei 1jähriger Mitgliedschaft pro Wochentag M.	—,50
" 2 und mehrj.	—,75
Für die 2. Klasse:	
Bei 1jähriger Mitgliedschaft pro Wochentag M.	—,75
" 2 " " " " " "	1,-
" 3 " " " " " "	1,20
" 4 und mehrj.	1,50

Ausgesteuerte kranke Mitglieder sollen während der weiteren Krankheitsdauer steuerfrei bleiben. Diese Wochen kommen aber bei Berechnung der Karenzzeit nicht in Betracht.

Die Unterstützung beginnt mit dem fünften Tage der eingetretenen Arbeitslosigkeit und Krankheit und endet, sobald der je nach der Mitgliedsdauer und Beitragsleistung zulässige Höchstbetrag erreicht ist. Wird vor Beendigung des Höchstbetrages der Unterstützung das Mitglied arbeitsfähig und gesund, dann endet mit dem Arbeitsantritt die Unterstützung.

An Sterbegeld wird gezahlt:

Nach 1jähriger Mitgliedschaft.....	M. 25
" 2 " " " " " "	50
" 3 " " " " " "	75
" 4 " " " " " "	100
" 5 " " " " " "	125
" 6 " " " " " "	150
" 7 " " " " " "	175
" 8 " " " " " "	200

Streikunterstützung zahlt der Müllerverband:

In der 1. Beitragsklasse bei einer Mitgliedsdauer von mehr als 13 Wochen für Ledige pro Woche M. 4, für Verheiratete pro Woche M. 6. Für jedes Kind unter 14 Jahren 75 M. Zuschlag bis zum Höchstbetrage von M. 8,25.

In der 2. Beitragsklasse bei einer Mitgliedsdauer von mehr als 13 Wochen für Ledige pro Woche M. 11, für Verheiratete pro Woche M. 14. Für jedes Kind unter 14 Jahren M. 1 Zuschlag bis zum Höchstbetrage von M. 17.

Treten Mitglieder aus einer Klasse zur anderen über, so behalten diese noch 13 Wochen die in der ursprünglichen Klasse erworbenen Unterstützungsansprüche.

Der Fleischerverband gewährt seinen männlichen arbeitslosen oder kranken Mitgliedern eine Unterstützung:

Karenzzeit Wochen	Pro Tag M.	Pro Woche M.	Höchstsat M.
52	1,-	6,-	30,-
104	1,25	7,50	37,50
156	1,50	9,-	45,-

Die Höchstsätze für die weiblichen Mitglieder sind M. 15, M. 22,50 und M. 30.

Die Sterbeunterstützung wird im Mindestsatze von M. 25 und im Höchstsatze von M. 50 gegeben.

Ueber Rechtschutz-, Not- und Maßregelungsunterstützung entscheidet der Verbandsvorstand.

Die Streikunterstützung beträgt für verheiratete Mitglieder M. 12 pro Woche, für jedes Kind unter 14 Jahren 50 M. Ledige Kollegen erhalten M. 10.

Um nun überblicken zu können, wie die statutarisch gewährten Unterstützungen im Einzelfall beansprucht werden, ist es notwendig, die in den Verbänden gemachten Ausgaben einander gegenüberzustellen.

Es gaben aus im Jahre 1906 pro Kopf die Verbände der:

	Streikunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Reiseunterstützung	Umzugslohn und Sterbegeld	Agitation
Bäcker.....	62	812	45	31	14	201
Brauereiarbeiter.....	171	69	261	—	54	110
Fleischer.....	108	—	23	4	8	272
Mühlenarbeiter.....	676	147	311	30	240	288

Zu bemerken ist hierauf, daß bei den Fleischern die Arbeitslosenunterstützung erst im Jahre 1907 eingeführt wurde und im Verband der Müller 1906 in bezug auf Streiks abnorme Dinge sich abspielten, die große Ausgaben verursachten.

Vergleicht man nun die in genannten Verbänden üblichen Unterstützungsätze mit den in unserem Verband gewährten, so ergeben sich allerdings einige Ungleichheiten, die aber auf dem Wege des gegenseitigen Entgegenkommens beseitigt werden können, wie z. B. die Karenzzeiten zur Erlangung der Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung.

Hier besonders treten die Unterschiede hervor, ebenso in bezug auf den Höchstsatze des Sterbegeldes. Solche Differenzen müßten allerdings ausgeglichen werden, sie können aber für ernsthafte Gewerkschafter kein Hindernis sein, sich eine größere Kampfsorganisation zu schaffen. Bei der weiteren Behandlung der Frage, sobald wir der tatsächlichen Errichtung eines Industrieverbandes näher kommen, muß natürlich von allen Seiten das oben gegebene Material beachtet werden, wenn ein gangbarer Mittelweg gefunden werden soll.

Auch die „Mühlenarbeiterzeitung“ schreibt in dieser Beziehung: „Die Differenz ist in den übrigen Fällen so geringfügig, daß ein Ausgleich, ohne viel Aufhebens davon machen zu müssen, möglich ist. Vorschläge, wie von Fall zu Fall neu beschlossen werden könnte, machen wir nicht, weil das Aufgabe späterer Verhandlungen sein muß“, wie sie auch sonst dem ganzen Plane sehr sympathisch gegenübersteht. Wir bringen im übrigen unseren Mitgliedern noch einmal den Schlußsatz der in Hannover von den Hauptvorständen gefaßten Resolution in Erinnerung, in welchem es heißt: „Die Konferenz erwartet, daß in allen Organisationen diese Frage vorurteilsfrei ventiliert wird, und daß alle Verbandsmitglieder sich von dem Gedanken leiten lassen, zum Wohle der Arbeiterschaft eine Organisation aufzubauen, mit Hilfe derer die Klassenlage der in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigten Arbeiter in der nachhaltigsten Weise verbessert werden kann.“

Vieles ist bereits schon über die Errichtung eines Nahrungs- mittel-Industrieverbandes geschrieben und gesagt worden und vieles wird vielleicht noch kommen. Ist es für uns besser oder schlechter? In den verschiedenen Gegenden Deutschlands sprechen die örtlichen Verbände auch mit. In Rheinland und Westfalen, wo mehr als 1000 organisationsfähige Kollegen vorhanden sind, ist diese Frage mit einem strikten Nein zu beantworten. Jede Organisation hat hier genug zu tun, zu organisieren und zu agieren. Die einzelnen Mitgliedschaften können ja nicht einmal ihre eigenen Berufskollegen alle in der richtigen Weise auflären bringen, weil eben hier die Arbeiter teils zu zerstreut, teils aber auch zu entlegen sind. Ich stimme in diesem Punkte mit J. W., Essen, dahin überein, daß die Frage noch verfrüht, aber auch noch nicht die nötige Vorbereitungen vorhanden ist. Freilich wäre eine geschlossene Arbeiterorganisation gegenüber dem Unternehmertum gut, aber wir haben einzuweisen in unserm Verufe, der ja noch vielfach in zünftlerischen Formen steckt, keine so gewaltigen Titanenkämpfe zu erwarten, wie in den anderen, besser entwickelten Industrieen. Was haben wir von der Verschmelzung mit den Konditoren? Es ist gut, daß sie vollzogen ist. Aber heute noch stoßen sich viele solcher Herren Konditoren daran und scheuen sich überhaupt mit den Bäckern zu gehen. Es sind dies selbstverständlich keine organisierten Leute; denn einem solchen ist es gleich, ihm ist jeder Arbeiter ein Bruder. Gerade jetzt, wo wir uns in einer wirtschaftlichen Krise befinden, ist es überhaupt nicht ratsam, sich mit derartigen Fragen zu befassen. Jetzt wäre es viel richtiger, die eigenen Reihen zu stärken, sie zu säubern und mehr Localisten aus unseren Mitgliedern zu erziehen. Das wäre wohl die Hauptaufgabe unserer Vorstände und Beamten. Also arbeiten wir in diesem Sinne, so können wir, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, wieder einmal darüber diskutieren. Ist es noch zu früh.

G. N. B.

Zu den Ausführungen der Kollegen in letzter Nummer unseres Fachblattes zur Gründung eines Industrieverbandes sämtlicher in der Nahrungsmittelebranche beschäftigten Arbeiter möchte ich doch einige recht traffe Angriffe zurückweisen. Kollege Enklen-Leipzig äußert sich in dieser höchst wichtigen Angelegenheit doch nicht ganz einwandfrei. Er betont, daß sich der Hauptvorstand vorläufig neutral verhält und erst Meinungsverschiedenheiten der Mitglieder hören will. Nach meiner Überzeugung bereift dieser nicht so einfachen Verschmelzung der in der Nahrungsmittelebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vertritt der Hauptvorstand den richtigen Standpunkt, um sich für späterhin den Rücken frei zu halten. Es ist strikte Pflicht des Hauptvorstandes, ganz gleich, welcher Branche, erst Ansprachen der Mitglieder zu hören, dieselben nach bestem Wissen und Ermessen zu prüfen und erst dann seine Meinung den Mitgliedern nach seiner langjährigen Tätigkeit gemachten Erfahrung in sachlicher Weise zu unterbreiten, auch eventuell den Antrag zu stellen, seinen Vorschlag zu akzeptieren. Ganz anders stellt sich der Kollege G. K., Cassel, zu dieser wichtigen Sache. Er vertritt in seinem Artikel den richtigen Standpunkt, den man von einem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erwarten kann. Es ist entschieden durch einen Zusammenstoß sämtlicher in der Nahrungsmittelebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr zu erwarten, als von einem einzelnen Berufsverbände. Das Verhalten des Hauptvorstandes rechtfertigt sich aus finanziellen Gründen. Wir wären unbedingt verpflichtet, nach Einführung der Verschmelzung bei etwaigen Streiks, Aussperrungen usw. uns finanziell daran zu beteiligen durch Ertragsbeiträge usw. und den Gewerkschaften mit geringeren Mehrerlösen unsere Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus diesen angeführten Gründen halte ich die Neutralität unseres Verbandsvorstandes in jeder Weise gerechtfertigt, da hier doch die finanzielle Veräufung sämtlicher Mitglieder in Frage kommt. Gehen wir vom richtigen Standpunkt der gesamten Arbeiterschaft aller Länder aus, so kann es nur heißen: Einer für alle und alle für einen! Es wäre die Errichtung einer Verschmelzung der gesamten Arbeiterschaft der Nahrungsmittelebranchen nur mit Freuden zu begrüßen.

N. Schönfeld, Brandenburg a. d. S.

Zur Gründung eines Nahrungs- und Genussmittel-Industrieverbandes möchte auch ich meine Meinung zum besten geben. Es bleibt eine alte Tatsache, daß, je reger sich die verschiedenen verwandten Berufsorganisationen zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen, sie auch desto leistungsfähiger in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung sind.

Wir müssen aber nun auch einmal die Verhältnisse hier genau in Betracht ziehen. Die Metzger sind diejenigen, die bei den in Betracht kommenden Verbänden am schlechtesten organisiert sind. Die Brauer sind weit besser organisiert. Die Müller sind auch noch weit zurück, und wir Bäcker und Konditoren, die wir vor kurzem erst die Verschmelzung vollzogen haben, sind auch so leiblich organisiert. Uns kommt vielleicht die Verschmelzungstrage am unangenehmsten. Wir wollen jetzt erst einmal sehen, ob und was für Erfolge wir durch die Verschmelzung erzielen. Organisationsarbeit haben wir genügend bei uns selbst, als daß wir noch andere berufsverwandte Kollegen organisieren sollten; ebenso müssen sich dies die Metzger, Metzger und Brauer auch sagen. Arbeit ist gut, aber allzubiell ist ungesund. Was hat es denn für einen Zweck, wenn überall etwas gearbeitet wird und zuletzt wird es doch nichts Ganzes. Ich bin der Meinung, die verschiedenen Verufe müßten mit allen Mitteln erst dafür sorgen, daß sie ihre Mitgliederzahl vergrößern, wenigstens die am schlechtesten organisierten, dann erst können wir vielleicht der Verschmelzungstrage einmal näher treten. Wir Bäcker haben mit den Konditoren Arbeit im Ueberflusse, und ich halte jetzt eine Verschmelzung daher für verfrüht.

Def. Wüngen, Solingen.

Fachtechnische Rundschau.

Patentbericht.

Mitgeteilt vom Patentanwalt Ingenieur W. Kornfeld, Wien VII, Karl Schwefelhofergasse 9. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau mäßig bezogen.

Deutsches Reichs-Gebrauchsmuster.

Nr. 2a, R. Körner, Hohenhausen b. Göttingen: Backofen mit direkter Feuerung. 325433.
 Nr. 2a, Wilhelm Schlich 11, Vell: Backofeneinschließtür mit in den Seitenteilen verdeckt laufenden Gegengewichten. 325435.
 Nr. 2a, W. Westermann & Co., G. m. b. H., Hülten i. W.: Springform mit Hebelverschluss. 325538.
 Nr. 2b, Carl Brand, G. m. b. H., Köln a. Rh.: Panmfuchsenform, dadurch gekennzeichnet, daß in einem Metallring auswechselbare Regel, Hülten u. dgl. durch einen federnden Einsatz festgeklemmt werden. 325553.

Deutsches Reich.

(Ausgelegt am 30. Dezbr. 1907, Einspruchsfrist bis 29. Febr. 1908.)
 Nr. 2a, Wenzel Romat, Seidowitz b. Brüg: Backofentür mit zwei übereinanderliegenden, um wagerechte Massen schwingenden Flügeln.

Bäckerei-Mißstände.

Ein Eldorado für Bäckergehilfen! Die schärfsten Mittel müssen von uns angewandt werden, um endlich mit dem Kost- und Logiszwang zu brechen, damit Fälle, wie wiederum in solcher am 8. Januar vor dem Bremer Gewerbegericht der Öffentlichkeit überliefert wurde, nicht mehr vorkommen können. Wegen des ungenügenden Frühstücks waren unsere bei dem Bäckermeister Schliche beschäftigten Kollegen A., K., und Am. am Morgen des 31. Dezember in eine der Bäckerei benachbarte Wirtschaft gegangen, um dort ihren Wagen zu betriebligen. Nach ihrer Rückkehr hatte Kollege A. einen heftigen Wortwechsel mit dem Bäckermeister, indem der „gebildete“, temperamentsvolle Herr zu dem Gesellen sagte, er sei ein Lump und könne welche in die „Batterie“ bekommen. Auf Grund dieser Beleidigung hatte A. sofort die Arbeit eingestellt. Da in diesem Betriebe eine dreitägige Kündigungsfrist üblich ist, verlangte A., inklusive rückständigem Lohn, für vier Tage M. 16,57. Seine beiden Kollegen waren diesem Beispiele gefolgt und hatten wegen des

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Quittung.

Vom 6. bis 12. Januar gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Dezember: Mitgliedschaft Hannover M. 432, Meuselwitz 48,50, Grimmitzschau 18,40, Lüneburg 28, Magdeburg 383,90, Gießen 37, Köln 305,10, Braunschweig 91,70, Bremen 165,20, Stuttgart 312,15, Forst 18, Jünnau 31,30, Regensburg 151,70, Homburg v. d. S. 69,20, Rosenheim 165,90, Breslau 117,15, Cassel 106,50, Nürnberg 1521,65, Vad Reichenhall 123,40, Essen 181,50, Gyllingen 19,60, Solingen 125, Schwabach 49,50, Halle 144,60, Schwerin 33,20, Mannheim 510,35, Frankfurt 1188,75, Straubing 81,50, Amberg 76,30, Landshtut 276,60, Karlsruhe 38,10, Dortmund 165,15, Rudolfsstadt 36,10, Bremerhaven 72,90, Gotha 37,20, Weisensefeld 24,40, Harburg 60.

Für November und Dezember: Konstanz M. 23,35, Lüdenscheid 42,50, Plauen 124,40.

Von Einzelnählern der Hauptkassa: D. N.-Galleberg M. 8, W. W.-Löhnig 50, J. K.-Delswig 20, M. B.-Lörrach 23, J. J.-Gothenburg 10, G. V.-Sonneberg 20, B. N.-Chrenfri derzdorf 24, W. S.-Wittenberg 12, M. M.-Jolna 6, R. G.-Falkenberg 10, R. W.-Alfeld 50,50, D. F.-Landsberg 26.

Für Abonnements- und Annoncen: Zentr.-Kr.-Hannover M. 8,40, V. J.-Leipzig 1,15, M. N.-Halle 2, Mitgliedschaft Köln 2,80, Mitgliedschaft Nürnberg 4, Mitgliedschaft Schwabach 2,20, J. N.-Frankfurt 4,50, U. S. Bremerhaven 7,20, J. W.-Bremen 4.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Aus den Bezirken.

Aufruf!

Wer die Adresse des Bonbonkokers Hans Jagger, zuletzt in der Bahnhofs-Zuckerwarenfabrik München beschäftigt, von dort angeblich nach Braunschweig gereist, weiß, wird dringend ersucht, dieselbe umgehend an untenstehende Adresse zu senden. Jagger wird in einem gegen Diermeier angestrengten wichtigen Prozeß als Zeuge benötigt.

J. Diermeier, Bezirksleiter, München, Rumfordstr. 32a, 1. Et.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Unsere selbständigen Konditoren und die Konsumvereine. Daß die Bäckerinnungen sich darüber entsetzen, wenn die Arbeiter-Konsumvereine das Brot selbst herstellen, versteht man. Es gefällt ihnen nicht, daß ihre Entbehrlichkeit so offenkundig demonstriert wird. Aber die Konditoren spüren bisher von einer Konkurrenz der Genossenschaften noch wenig, und ihr Interesse als Produzenten ist auch heute durch die noch wenig berührt. Das hält sie aber nicht ab, jetzt auch in die Kriegsbrommette zu blasen, weil sie sich als Händler mit Schokolade, Baumbehang, Lebkuchen usw. bedroht fühlen; denn auch sie sind ja heutzutage nur zu Zwischenhändlern dieser Produkte herabgesunken und schimpfen jetzt in Gemeinschaft mit den Bäckern, daß die Arbeiter nicht mehr so dumm sind, sich von ihnen beliebige Preise abfordern zu lassen. Die Münchener „Allgemeine Konditorzeitung“ jammert: „Wir Konditoren haben allen Grund, dieser Sache ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, denn auch unser Beruf ist in große Mitleidenschaft gezogen; je mehr sich die Konsumvereine ausdehnen, je größer wird der Schaden.“

Sie fordert dann natürlich die Erdrosselung der Genossenschaften durch erorbitante Besteuerung. Gleichzeitig zieht sie auch über die Warenhäuser her — vergißt aber in beiden Fällen anzuführen, daß die Konditoren, sofern sie Fabrikanten von Konsumartikeln sind, sich die Beine um die Kundenschaft der Warenhäuser und Genossenschaften ablaufen.

Alles Geschrei wird ihnen ja nichts nützen. Das Recht der Vereinigung, um wirtschaftliche Vorteile sich zu erringen, steht nun einmal nicht nur den Zimmungshelden, sondern auch der Arbeiterschaft zu und sie wird den Herrschaften auf jedem Gebiete beweisen, daß sie nicht nur dazu da ist, als Ausbeutungsobjekt zu dienen.

„Trotz aller gegenteiligen Reden.“ Der Berliner Konditorgewerkschaftenverein von 1875, unter allen Kollegen als Sammelsternum derjenigen „Künstler“ bekannt, die unentwegt für jeden Streikbruch eintreten, hat sein Weihnachtsvergügen hinter sich und damit wieder einen „Erfolg“ bei der Meisterschaft errungen. Das Organ der „Selbständigen“ berichtet, daß zahlreiche Prinzipale und Prinzipalinnen anwesend waren und daß man sich an dem Abend überzeugen konnte, „daß trotz aller gegenteiligen Reden in Berlin doch noch ein schönes Einvernehmen zwischen der Gehülfsenschaft und der Prinzipalität bestehe“.

Die „gegenteiligen Reden“ beruhen allerdings auf Einbildung. Wo ist denn das gute Einvernehmen zwischen „Selbständigen“ und Gehülfsen schon bezweifelt worden? Das ist ja gerade das Unglück, daß sie trotz der schwachen Arbeitsbedingungen unserer Backgehülfsen das „gute Einvernehmen“, d. h. das „willenlose Kruschen“, als unumstößliches Ideal hochhalten. Aber sie tun es natürlich nicht umsonst! — Sie dürfen dafür jährlich ein oder zweimal mit der weiblichen Prinzipalität über deren Rücken sich im Tanze drehen. Der Genuß entschädigt für manches.

Zur Frage der Verwendung der Kakaobohnenschale. Der Kapitalismus schlägt selbst aus dem Drecks Gold! so möchte man ausrufen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Unternehmer in der Schokoladenindustrie ihren Bestand

abmarnern, wie auch noch aus der Kakaobohnenschale Werte herauszuschlagen sind. Ein Herr Dr. Obst in Varmbeck behandelt diese Frage wieder in einer der letzten Nummern der Zeitschrift „Die Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie“, natürlich vom Standpunkte der Chemie aus. Er konstatiert zunächst, daß die Kakaobohnenschale aus völlig wertlosen Substanzen bestehe, aber für den Untertnehmer immerhin einen Wert von M. 6 pro Doppelzentner darstelle. Natürlich, wer sich Kartoffeln kauft, muß auch die Schale derselben mitbezahlen und so auch hier. Er prüft ferner die verschiedenen Vorschläge, die zur Verwendung des fraglichen Produkts schon gemacht wurden, wie Verwendung als Viehfutter, Düngemittel u. dgl., muß aber schließlich konstatieren, daß die Schale der Kakaobohne selbst für diese Zwecke nichts mehr taugt. Da nun Dr. Obst die Hoffnung ausspricht, daß sich dafür doch noch eine Verwendung finden lassen werde, so wollen wir ihm aus der Verlegenheit helfen. Schon längst sind findige Köpfe auf den schönen, echt menschlichen Gedanken gekommen, daß, wenn auch das dumme Vieh die Kakaoshalen nicht zu würdigen versteht und mit ihnen nichts Anbringendes anzufangen weiß, für die ärmere Bevölkerung das Zeug doch noch verwendbar ist und daß eventuell die Arbeiter und Arbeiterinnen damit wenigstens ihrer Nase noch immer einen Genuß verschaffen können. Der Geruch der Kakaoshale ist ja nicht minderwertig. Rezept und Methode der Verwendung bewahren wir noch als Fabriksgeheimnis. Das Geschäft kann unter Umständen im großen betrieben werden. Zum Beispiel: Den Rhein entlang bis nahe einer südlichen Residenzstadt führt eine Straße. Auf dieser Straße können zentnerweise Kakaobohnenschalen transportiert, und am Endziel veräußert werden. Dort reibt man die Schale zu Pulver, tut noch ein anderes bei, und sendet es wiederum nach dem Norden, wo sich dann Nachbarkleite vom Nordpol gütlich daran tun. Oder: Man führt in seinem Verriebe Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen ein. Eine Tasse „Mokka“ aus Kakaobohnenschale, vermengt mit anderen minderwertigen Produkten, kann man schon für 1/4 bei hohem Profit an männliche Arbeiter abgeben, an das weibliche Personal schließlich verschenken. Das schmeckt nicht schlecht und macht, was die Hauptsache ist, die Arbeiter außerordentlich zufrieden. Dieser „Kaffee“ darf dann allerdings nicht in geschlossenen Räumen (höchstens im Winter), sondern unter freiem Himmel getrunken werden. Weitere Auskünfte an kapitalistische Interessenten erteilt vielleicht eine rheinische Millionen- und Weltfirma der Branche.

Die europäische Zuckerproduktion übersteigt weit den eigenen Bedarf und ist auf den Export angewiesen. Sie sieht sich daher durch den Rohrzucker Amerikas nicht unbedenklich in ihrer Existenz bedroht.

Land	Produktion (Tons)
Deutschland	2 240 000
Oesterreich-Ungarn	1 330 000
Rußland	1 430 000
Frankreich	750 000
Belgien	280 000
Die anderen Länder	ja 670 000

Die europäische Zuckerproduktion übersteigt weit den eigenen Bedarf und ist auf den Export angewiesen. Sie sieht sich daher durch den Rohrzucker Amerikas nicht unbedenklich in ihrer Existenz bedroht.

„Ich tret' aus!“

(Auch ein „geflügeltes Wort“ in der Gewerkschaftsbewegung.)

In der modernen Gewerkschaftsbewegung stößt man auf zwei besonders beachtenswerte Spezies von Menschen, die sich immer und überall als die Wegelagerer des Fortschritts diesem selbst in den Weg stellen.

Die einen rangieren zu jener vom Gejeße der Trägheit erfüllten Sorte von Indifferenten und Gleichgültigen, die kein Geschehnis aus dem weltlichen Gleichgewicht zu bringen vermag, und die mit eiserner Beharrlichkeit allem Fortschritt Trotz bieten, indem sie sich mit der Ueberlegenheit des Alles-Besserwissenden zu der bequemeren Weisheit, „es sei immer so gewesen“, bekennen und so jedes Gejeße der Fortentwicklung einfach negieren. Höchstens dann, wenn ihnen lange und eindringlich genug die Notwendigkeit eines beruflichen Zusammenchlusses vor Augen geführt wird, geschieht es zuweilen, daß sie sich erweichen lassen und zugestehen, „daß, wenn etwas erreicht wird, ja auch sie mit davon profitieren“ und es deshalb ja gar nicht nötig haben, sich selbst an einer Organisation zu beteiligen. Ueber diese schwarzen Schlingengewächse, die sich an dem Baume des menschlichen Fortschritts emporranken und von seinen Säften zehren, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, und wenn auch zugestanden werden muß, daß infolge des moralischen Einflusses der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit hier manches besser geworden sei, aussterben wird diese Sorte von Egoisten, die auf die Ernte warten, die andere gesät und gepflegt haben, niemals.

Weniger scheint aber noch auf eine zweite Gattung von Menschen hingewiesen worden zu sein, die nicht minder gefährlich für den Kampf der Arbeiter um ihre Lebenshaltung ist. Wie oft und bei welchen verschiedenen Ge-

legenheiten stoßen wir doch immer auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt oder was sie nicht auf den ersten Blick erklären können, die Drohworte bereit haben: „Ich tret' aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Kanone ist, so stellen sich jene Raiben in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweitsprechendste Preffionsmittel vor, um ihren Willen, mitunter auch gegen die Meinung der Majorität, durchzusetzen. Was immer die Organisation unternimmt, immer vergesien solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß nie eine Handlung zugleich allen recht ist, und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntniserweiterung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß die soziale Institution in dem Momente aufhören müßte, wo jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb verweigert, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit kann das „Ich tret' aus!“, diese Devise der Selbstzerfleischung, so verhängnisvoll werden, als wir ihm am häufigsten begegnen — nach einem aussichtslos oder mit nicht allseitig befriedigenden Ergebnissen beendeten Lohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schar der Schwachmütigen und Verzweifelter, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kneien das resignierte, von stummer Unterwerfung zeugende „Ich tret' aus!“ zuwaunt, kann hier in der Tat zuweilen recht arges Unheil anrichten. Die ganze Psyche des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur allzusehr des bangehenden Zweifels und der verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche prinzipielle Schulung in der Organisation besiegt werden können. In dieser Aufgabe wirkt nichts störender und für nichts ist der nicht oder halb durchgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft feige preisgebende: „Ich tret' aus!“ Gelingt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention derselben bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Trumpf, das Instrument, das man der Organisation entgegenschleubert: „Ich tret' aus!“ Ob genug vermag ein einzelner, der so redet, eine erhebliche Anzahl zu seiner pessimistischen Welt- und Lebensauffassung zu bekehren, und in Zeiten einer erlittenen Niederlage im Kampfe wirkt dieser zeretzende Wahlspruch wie eine Pest. Eine Pest im moralischen Sinne ist es in der Tat, wenn ein solches Schlagwort der Verzweiflung und Denkartigkeit geprägt und unter den Arbeitsgenossen in Umlauf gesetzt wird.

Von einem kleinen boshaften Jungen, der sich im Winter die Finger erfroren hatte, wird erzählt, daß er schadenfroh erklärt habe: „Etich, jetzt geschieht meinem Vater recht, daß ich mir die Hände erfroren habe; warum hat er mir keine Handschuhe gekauft!“ An diese Anekdote erinnern auch die guten Leute mit ihrem Drohwort: „Ich tret' aus!“ sehr lebhaft. Weil ein Erfolg ausgeblieben ist, und eine Sache nicht durchzuführen war, erklären sie, mit ihrer Drohung jemanden Trotz bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser jemand sind, der durch ihr eigentümliches Verhalten getroffen wird. Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Mißerfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß nun alle Kräfte angespannt werden müssen, um Veräuntes nachzuholen und die Organisation fräftiger und schlagfertiger zu machen, erklären sie wie trotzig Kinder „nicht mehr mittun zu wollen“ und verleiten auch andere zur Fahnenflucht und Beschränkung der Schwachmütigen am Plage wäre. Sie werden so, ohne daß sie es ahnen und beabsichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmer, die nichts jehtlicher wünschen, als daß die Organisation zurückgehen, daß Mißstimmung und Verzagttheit die Reihen der Kämpfenden lichten helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen könnten; und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Mißerfolg die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt! So liegt also in den leichtfertigen und garstigen Worten: „Ich tret' aus!“ eine ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht. Als ein Schlagwort, das unsere Zeit vergiftet und in jeder sozialen Gemeinschaft wie zeretzendes Scheidewasser wirkt, muß auch dieses antisoziale Sprüchlein bekämpft und ausgeremert werden, wenn ein hartnäckiges Bollwerk fallen soll, das bei jedem Schritte nach vorwärts sich uns in den Weg stellt. „Ich tret' aus!“ besagt doch weiter nichts, als: Weil ich durch die Organisation nicht alles für mich erreichen konnte, was ich mir von ihr versprach, verzichte ich auch für die Zukunft auf all das, was durch die Organisation noch erreicht werden könnte, wenn in derselben noch manches anders werden würde, das ich anders wünsche. Man will aber doch nicht wohl in Zukunft auf die Vorteile verzichten, welche die Organisation einem in der Vergangenheit bot, auch nicht auf das, was sie einem in Zukunft noch weiter bieten könnte, wenn manches demnächst, das dem noch im Wege steht, beseitigt würde. Man will nicht auf all die Vorteile verzichten, welche die Organisation einem bietet oder doch bieten kann. Nein, deshalb tritt man nicht aus; man tritt ja gerade deshalb aus, weil man mit dem, was die Organisation einem bot, nicht zufrieden war, wenigstens dürfte dies der häufigste Grund zu der Erklärung sein: „Ich tret' aus“. Durch Aufgabe des zu wenig, das die Organisation einem vermeintlich bietet, wird aber nicht mehr er-

reicht, sondern eben alles Erreichbare aufgegeben; weil man mit dem einen Ei, das die Henne pro Tag legt, nicht zufrieden ist, verzichtet man auf dieses und tötet in seinem Unmut die Henne, die — Organisation. Das ist eine Handlung, welche mit dem Motive des Austritts in unlösbarer Widersprüche steht: man bringt eine Quelle des Wohlstandes zum Versiegen obwohl man wünscht, daß sie reichlicher fließe.

Was hat man also durch seinen Austritt erreicht? Nichts gewonnen, alles verloren, oder „gewonnen“ doch nur an Mißmut. Trat man aber wegen dieses „Gewinns“ aus? Wahrscheinlich nicht; man wollte materiell gewinnen, mindestens aber seelisch. Der Erfolg ist aber nicht nur nicht ein materieller, sondern auch nicht ein seelischer; man hat sich also in jeder Beziehung verschlechtert. Und das, weil man nicht dachte und sich von Stimmungen beherrschen ließ, die nur für den Augenblick Befriedigung gewähren können, niemals auf die Dauer.

Ferner kommt noch hinzu, daß die Vertrauensleute, Unterkassierer, ja selbst Vorstandsmitglieder oftmals, wenn es nicht direkt „austraten“, so doch wegen der Geringfügigkeit ihren Posten hinwerfen. Kommen solche Leute mit ihrer Anschauung nicht durch, wird von irgendwelcher Seite nur die oftmals berechtigte Kritik geübt, so ist stets die Antwort: „Nehmt Euch einen anderen“. Solche Personen haben sich noch lange nicht damit abgefunden, daß jemand, wenn er im öffentlichen Leben steht, sich stets einer Kritik unterziehen lassen muß, weil ja bekanntlich nicht alle Personen einer Meinung sind. Das Interesse der Allgemeinheit muß turmhoch über dem Interesse einer einzelnen Person stehen, ebenso muß sich jeder bewußt sein, daß er sich dem Gesamtinteresse unterwerfen muß. Es darf also in Zukunft nicht mehr heißen: „Ich tret' aus“ oder „Ich lege meinen Posten nieder, wählt Euch einen anderen“ usw. Solche Drohungen wirken nicht ermunternd auf die übrigen Mitglieder, und wie oftmals waren die Folgen solcher Drohungen von unheilvollen Erscheinungen begleitet!

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Vochum. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 4. Januar. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Kollmaier: „Was macht es in Vochum notwendig, eine eigene Mitgliedschaft zu errichten?“ 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. Nach dem Referat wurden in die Ortsverwaltung folgende Kollegen gewählt: Reiter, erster Vorsitzender; Großkurth, zweiter Vorsitzender; Kollmaier, erster Kassierer; Butterich, zweiter Kassierer; Lutterbach, erster Schriftführer und Rolle, zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Hofmann und Schwarze gewählt. Die Wahl der Kartelldelegierten wurde aufgeschoben. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, jeden Sonnabend abends 8 Uhr Diskussionsrunde abzuhalten und ferner, die Mitgliederversammlung jeden dritten Sonntag im Monat stattfinden zu lassen. Eine Zellerammlung, welche für ein Mitglied beim Militär bestimmt war, ergab M. 9 als Neujahrsbeschenk.

Anmerkung des Schriftführers: Unsere Kollegen von Witten, Gidel und Gelsenkirchen möchte ich bitten, von jetzt ab den Vorstand ihrer neuen Mitgliedschaft in der Agitation und pünktlicher Einrichtung der Zeit ege besser zu unterstützen als bisher, auch nicht so durch Abwesenheit zu glänzen, wie es bei dieser Versammlung der Fall war.

Braunschweig. Generalversammlung vom 5. Januar. Nachdem der Vorsitzende den Jahresbericht erlassen hatte, berichtete der Kassierer über die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1907; danach belief sich die Einnahme auf M. 1599,30, die Ausgabe auf M. 1596,09, mithin ist ein Ueberschuß von M. 3,21 vorhanden. An Unterstützung wurden M. 208 ausgezahlt. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden folgende Kollegen neu- resp. wiedergewählt: Zimmerhäfel, Vorsitzender, Vertram, Stellvertreter; Göbcke, Kassierer, Wöhler, Stellvertreter; Wauppe, Schriftführer, Hesse, Stellvertreter; Reus und Blant, Revisoren; Nabe, Bibliothekar, Amme, Stellvertreter; Wöhler, Schild, Hoffmeister und Lichte, Bezirkskassierer.

Bremen. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Entgegennahme des Jahresberichtes wurden die Vorstandswahlen erledigt; dieselben ergaben folgendes Resultat: C. Kaffen und D. Nobe Vorsitzende, E. Schwarzkopf und

C. Nieger Kassierer, A. Tacke und S. Bruns Schriftführer, D. Nieber, Alb. Schwerner und Mich. Gifner Revisoren, G. Wenz, S. Müller und Wilh. Benz Türkontrollenre, E. Nieger und A. Tacke Kartelldelegierte, und D. Nobe als Ordner des Bildungsausschusses. Welche Aufgaben hat die Kartelldelegierte Bremen zu erfüllen? Ueber dieses Thema sprach Kollege Kahl, der für seine begeisterten Ausführungen lebhaften Beifall erntete. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde unter anderem vom Kollegen A. noch ein Bild von den miserablen Zuständen der Bäckerei Schliche vorgezeigt. Hierauf Schluß der außerordentlich gut besuchten Versammlung.

Darmstadt. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht und von gutem Geiste besetzt war. Außer dem Jahresbericht und der Vorstandswahl stand noch ein Referat des Kollegen Lantke über die Errichtung eines Nahrungsmittelindustrie-Verbandes auf der Tagesordnung. Die Ausführungen Lantkes wurden aufmerksam und beifällig aufgenommen. Den Jahresbericht erstattete Kollege Müth, den Kassienbericht Kollege Denzel. Denselben ist folgendes zu entnehmen: öffentliche Versammlungen fanden sieben, Mitglieder- versammlungen achtzehn statt. Der Besuch der Versammlungen war durchschnittlich ein mäßiger. Außerdem fanden vier Bezirks- versammlungen und zwei Betriebsbesprechungen der Protfabrik statt. Auch mit der Gesellschaftsbäckerei mußten Verhandlungen gepflogen werden wegen verschiedener Vorkommnisse, und wußte zu deren Erledigung das Kartell mit. Bezüglich der Konsum- lieferanten wurde beschlossen, daß dieselben nur Verbands- mitglieder beschäftigen und Kost außer dem Hause geben sollen. Gegen zwei Bäckermeister wurde Anzeige erstattet. Auch wurde versucht, durch die Diskussionsstunden die Kollegen zu eifrigen Mitarbeitern heranzubilden und wird der Erfolg hoffentlich nicht ausbleiben. Aufgenommen wurden 39 Mitglieder und 1419 Beiträge eingenommen. Gegenüber 1906 haben wir einen Rückgang zu verzeichnen, der dauerlich, aber auch erklärlich ist. Zu Anfang 1906 glaubten die Kollegen einen Vorstoß unternehmen zu können. Aus dem Grunde wurden in zwei Monaten allein 42 Aufnahmen gemacht. Aufgenommen wurden weniger 21 Kollegen und 161 Beiträge weniger entrichtet. Trotzdem gibt uns dieses Jahr mehr Hoffnung; weil der Bestand stabiler war. Unterstützung wurde gezahlt an zwölf Mitglieder M. 143,10 Arbeitslosen, an sieben Mitglieder M. 25 Reihe- und an ein Mitglied M. 23 Krankunterstützung. Summa M. 191,10. Bei den Vergütungen wurden M. 23,29 Ueberschuß erzielt. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Müth, Vorsitzender, Hider, Kassierer, Liso, Schriftführer, Starke und Göbel, Revisoren. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Liso gewählt. Beschlossen wurde noch, daß in Zukunft die Unterstützung im Gewerkschaftshause, Wisnards- trasse 19, und zwar im Bureau der Metallarbeiter durch den Genossen Stork ausbezahlt wird. Dort haben sich auch die Kollegen arbeitslos und zur Kontrolle zu melden, und zwar täglich von 10 bis 12 Uhr. Die Kollegen wurden aufgefordert, kräftig zu agitieren. Tann wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Frankfurt a. d. O. Die Generalversammlung fand am 5. Januar mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom Monat Dezember. 2. Neuwahl der Lokalverwaltung. 3. Geschäftsbericht und Rückblick auf das Jahr 1907. Nach dem Kassienbericht wurden der erste Vorsitzende und Schriftführer wiedergewählt und nahmen dieselben die Wahl an. Den Geschäftsbericht gab Kollege Schneider. Seinen Ausführungen war folgendes zu entnehmen: Die Bilanz schloß sich auf M. 961,50; die Einnahmen setzten sich zusammen aus dem Verkauf von 1643 Wochen- und Monatsmarken und 243 Streifenmarken. 37 Kollegen wurden dem Verbands neu angeführt. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende bekannt, daß sich die Einnahme gegen das Vorjahr um einige Mark verringerte; dagegen sei die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit um ein gewaltiges gestiegen und könnten hieraus die Kollegen erleben, daß es nur leeres Gerede und faule Ausrede einzelner sei, daß der Verband keinen Zweck habe. Gerade durch die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes ist mancher Kollege vor dem Ruin bewahrt geblieben. Die Korrespondenz erforderte im Ausgange und Eingang 1490 Stück und verteilten sich die Posten auf 88 Briefe, 66 Karten, 1317 Druckfachen, 9 Postanweisungen und 10 Paketsendungen. Nachdem der Vorsitzende die an ihn gestellten Fragen beantwortet, forderte derselbe in seinem Schlußwort die Kollegen auf, sich kräftig an der Agitations- und Werbearbeit zu beteiligen, damit auch der letzte Kollege sich unseren Bestrebungen anschließe. Wenn sich auch die Verhältnisse am Orte

seit Bestehen der Organisation um ein geringes geändert hätten, so müßte es unsere höchste Aufgabe sein, die Abschaffung von Kost und Logis und die Erringung des wöchentlichen Hubetales zu erkämpfen. Die Kollegen versprachen in der Diskussion, lebhaft mit zu arbeiten.

Gera. Generalversammlung am 5. Januar. Der Vorsitzende Kollege Vennekof gab den Jahresbericht. Er führte an, daß es uns im Laufe des verfloffenen Jahres gelungen sei, einen Tarif mit der Hausmühlbäckerei abzuschließen. Es wurde ein Lohn von M. 24 und ein freier Tag in der Woche für eine Anzahl Kollegen herausgeschlagen. Weiter berichtete er, wie von den Gegnern berichtet wird, unsere Kollegen aus der Arbeit zu bringen und statt deren Gelde hineinzuwickeln. Die Abrechnung für 1907 liegt gedruckt vor. Es wurden 218 Wochenbeiträge à 50 M und 114 Wochenbeiträge à 25 M geleistet. Am 1. Januar 1907 war ein Mitgliederbestand von 35 Kollegen, am Schluß des Jahres 1907 dagegen ein solcher von 70. Dem Gesamtvorstand wurde Decharge erteilt. In den Gesamtvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Friedr. Vennekof, erster Vorsitzender; Bruno Vannaf, zweiter Vorsitzender; Veruhard Steeger, Kassierer; Walter Franke, Schriftführer; G. Reibetanz und Tränkel, Revisoren. Der Vorsitzende richtete an alle Mitglieder das Ersuchen, die Versammlungen stets pünktlich und zahlreich zu besuchen, dann werden wir in diesem Jahre das vollbringen, was uns im vorigen Jahre nicht möglich war.

Hersford. Generalversammlung am 12. Januar. Kollege Sadenwasser gab den Geschäftsbericht und Kollege Greife den Kassienbericht. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des letzten halben Jahres beinahe verdoppelt; ein erfreulicher Fortschritt! Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen als gewählt hervor: H. Müller erster Vorsitzender, Pühje zweiter Vorsitzender, W. Greife Kassierer, Windmann zweiter Kassierer, Aug. Heberer Schriftführer, Reinecke und Strunk Revisoren. Unter „Verschiedenes“ kamen noch einige Angelegenheiten der Zahlstelle zur Sprache; auch wurden verschiedene Anträge besprochen, welche aber auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung am Sonntag, den 26. Januar, gestellt werden sollen. Nachdem Kollege Sadenwasser den neu- gewählten Vorstand, sowie sämtliche Kollegen aufgefordert hatte, kräftig mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, fand die gutbesuchte Versammlung ihren Schluß.

Höchst. Am 8. Januar fand die Generalversammlung bei sehr schwachem Besuch statt. Im Jahresbericht wurde ein Rückgang an bekannten Vertragsmarken und Aufnahmen festgestellt. Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des Jahres 42, am 31. Dezember 1907 aber nur 28. Seit dem Tarifabschluß ist unter den Gehülften eine grenzenlose Gleichgültigkeit zu verzeichnen. Das schmachlichste an dem Verhalten eines Teiles der Kollegen ist, daß sie, nachdem durch die rastlose Tätigkeit des Verbandes ganz bedeutende Verbesserungen für die Allgemeinheit erkämpft wurden, mit recht finstlichen Ausreden dem Verbands fernbleiben. Höchst zählte früher zu den Städten, die am besten organisiert waren, heute ist das jedoch nicht mehr der Fall. Eine recht lebhafter Debatte knüpfte sich an den Bericht. Die neugewählte Sektionskommission wird alles daran setzen, um die Karte auszuweisen. Hierauf hielt Kollege Lufes einen Vortrag über die geplante Errichtung eines Industrieverbandes. In seinen Ausführungen beantwortete er aus warmem dem Zusammenschluß aller hier in Frage kommenden Verbände. Die Anwesenden stimmten den Ausführungen bei. Nach der Wahl einer Festkommission für das am 2. Februar stattfindende Winterfest wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Da die Zeit bedrängt war, beschäftigte man sich nur mit dem Jahresbericht und der Vorstandswahl. Den Jahresbericht erstattete Kollege Herrmann, den Kassienbericht Kollege Denzel. Kollege Herrmann führte aus, daß das verfloffene Jahr den Kampfescharakter nicht hatte, wie 1906, da der abgeschlossene Tarif bis zum kommenden Frühjahr laufe; aber immerhin hätten wir mehr erwartet. Es fanden fünf öffentliche und achtzehn Mitglieder- versammlungen statt; außerdem noch einzelne in den Vororten. Der Besuch der Versammlungen war ein mäßiger. Zu erwähnen ist, daß versucht wurde, die- jenigen Bäckermeister, die den Tarif nicht einhalten, zur Einhaltung zu bewegen. Der Erfolg war jedoch ein negativer, was den dort beschäftigten Gehülften zuzuschreiben ist. An Aufnahmen sind zu verzeichnen: 80 Kollegen und 2 Kolleginnen. Beiträge wurden 5055 entrichtet. 58 Kollegen erhielten M. 485 Arbeitslosen-, Reise- oder Krankunterstützung. Die perön-

Mniishkins Mission.

Geschichte eines russischen Helden von Jaakoff Prelooker. Freie Uebersetzung von Ab. Thierne.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Wie ein russischer Held (Bäcker) einen kaiserlichen Offizier verkörperte, in der Hoffnung, die Auslieferung eines vielgeliebten Genossen aus der Verbannung in Sibirien bewirken zu können. Das Mißlingen seiner Flucht und sein tragisches Ende.

Ich lebte in Odessa, stand im Dienste der Regierung und war dem Ministerium des Inneren unterstellt. Zu gleicher Zeit war ich der praktische Gründer und Leiter einer Reformgesellschaft, bekannt unter dem Namen „Neu-Israël“. Folgend dem Rat des Evangeliums, „weise wie Schlangen und harmlos wie die Tauben“ zu sein, hatte ich nicht nur Erfolg darin, die Feindschaft der Polizei abzuwenden, sondern mich sogar noch ihres besonderen Schutzes zu erwehren. Folglich war mein Haus, während der sogenannte „weiße Schrecken“ oder polizeilichen Razzien des Nachts ringsum wüsten, nicht im geringsten beargwöhnt, und deshalb konnte ich meinen politischen Freunden gestatten, sich bei mir zu versammeln und Rats zu pflegen, ohne diese sowie mich selbst der geringsten Gefahr auszusetzen. Eines Abends hatten wir einen Neuankommenen aus Petersburg. Da derselbe noch jetzt in Rußland ist, wollen wir seinen wirklichen Namen verschweigen und ihn deshalb Byesovski nennen. Er fragte mich, ob alle Anwesenden auch vertrauenswürdige Freunde seien. Ich versicherte ihm dies, worauf er erfreut ausrief: „Freunde, ich habe gute Nachricht für Euch!“

Wir alle wurden natürlich sehr aufmerksam und bereiteten uns vor, zu hören. Die Zeiten waren unruhig bis aufs äußerste, und auf jede Neuigkeit wurde eifrig gewartet.

„Mniishkin ist entkommen!“ rief Byesovski.

Es ist schwierig, den Effekt, den diese Worte auf die Hörer ausübten, zu beschreiben. Wir waren alles junge Enthusiasten,

einige aktiv beschäftigt im geheimen politischen Kriegsdienst, andere, wie ich auch selbst, noch nicht gänzlich mit der Propaganda vertraut, aber doch innigst mit deren Anhängern sympathisierend und dieselben schützend wo immer möglich. Mniishkins Name war uns allen heilig, und wir wußten, daß er zur Zeit als politischer Gefangener in den Minen zu Kara arbeitete. Natürlich drängten wir nun mit Fragen.

Zubesseren Einzelheiten konnte er noch jetzt nicht geben; er wußte nur, daß Mniishkin mit sieben anderen Gefangenen entkommen war, und daß dieselben noch nicht ganz sicher waren, wieder eingefangen zu werden. Es verlautete, daß Byesovski persönlich mit Mniishkin bekannt war, und daß er ihm bei einer früheren Flucht geholfen hatte. Als wir dies hörten, baten wir, uns Byesovskis Persönlichkeit zu beschreiben, und alles, was er über ihn wußte, zu erzählen.

Er wurde uns nun als stattlicher Mann mit prächtigem Kopf, schönem Gesicht mit starken, entschlossenen Zügen geschildert. Furchtlos und fast fehlerlos in moralischer Beziehung und fanatischer Anhänger der Sache des russischen Volkes. Stets versehen mit Hilfsmitteln und Scharfsmitteln, die Polizei zu nasführen. Denn kein anderer als Mniishkin konnte die Rolle eines einfachen, demütigen Königsstreuen so gut spielen wie er.

Byesovski erzählte folgende Geschichte: Mniishkin war in einem elenden kleinen Kette arretiert worden, da er keinen Paß hatte. Natürlich hatte er einen besseren, doch da er wußte, daß ihm die Polizei auf der Spur war, hatte er vorgezogen, seinen Paß zu vernichten.

Das Ortsgefängnis war ein alter Holzbau, voller Ungeziefer, welches die armen Gefangenen Tag und Nacht quälte. Um indessen die Gemüter der Leidenden etwas zu erleichtern, war es Gewohnheit, diese periodisch in die drücklichen öffentlichen Wälder zu schicken — natürlich unter militärischer Begleitung. Das russische Wad ist eine nationale Einrichtung, und es wird als religiöse Pflicht betrachtet, wöchentlich wenigstens einmal zu baden. Glücklicherweise ist das Entree sehr billig, doch muß jeder seine Utensilien selbst mitbringen. In der Regel sind die Waderäume recht spärlich beleuchtet. Zahlreiche Waden um-

lagern die Heißwasserhähne, sich stoßend, fluchend und jauchzend, bis sie eben an die Reihe kommen. Die Räume sind mit Dampf gefüllt und beinahe überfüllt, alles in allem eine trübselige Szene, die nur ein Augenzeuge richtig beschreiben könnte.

Da war auch Mniishkin hingebracht worden, begleitet von zwei Soldaten; und sofort dachte er daran, von hier auszuweichen. Er brachte es zu stande, den Paß seinen Freunden mitzuteilen, und Byesovski bereitete in der Stadt einen Schlupfwinkel vor, falls das Entkommen erfolgreich war. Mniishkin selbst gab sich als gehorsamer, ruhiger Gefangener. Einmal, als der Gouverneur ihm auf dem Gefängnishofe begegnete, rief er plötzlich: „Hülfe, Hülfe, mein Herr, sie wollen mich töten, und das ohne Ursache!“

„Wer will Dich töten?“ erwiderte der Gouverneur.

„Nun, das Ungeziefer, mein Herr; es quält mich mehr als jeden anderen und macht mir das Leben unträglich.“

Dieser lachte, anscheinend amüsiert über die komische Szene, und sich zu einem Wäcker wendend, sagte er: „Geben Sie ihm neue reine Wäde.“

„Tausend Dank, Herr, und könnte ich nicht auch gleich baden gehen?“ beharrte Mniishkin.

Dies wurde gewährt. Mniishkin informierte sofort Byesovski, der auch sogleich mit einem Freunde kam, um zu gleicher Zeit ein Bad zu nehmen. Im Waderaum waren eine Menge Menschen, einander drängend und stoßend. Einige waren beim Auskleiden, während andere sich zum Fortgehen bereit machten; überall unbeschreibliche Unordnung und Verwirrung. Die sich Ausziehenden schnürten ihre Kleider in Bündel und plazierten diese, wo eben Platz zu finden war.

Ein Gefangener, der in Begleitung einer militärischen Wache nach dem Bad gebracht wird, ist in Rußland kein ungewöhnlicher Anblick. Und so schenkte man auch hier den drei amtlichen Besuchern nicht die geringste Aufmerksamkeit. Als Mniishkin die Nüchternheiten betrat, bemerkte er, wie sich seine Freunde in einer Ecke auskleiden und ihre Kleider mit einer roten Schärpe umschnürten. Er zog sich auch aus, und ber-

lichen Ausgaben betragen M. 87 und die sachlichen M. 248. In Aufnahmen waren 43 weniger zu verzeichnen als 1906, was auf das Konto der Lohnbewegung zu setzen ist. Beitragsmarken sind rund 220 mehr verkauft, ein Erfolg, der nicht befriedigt, da auf annähernd 6000 gerechnet wurde, was um so bedenklicher ist, als der Termin des Tarifablaufs sich nähert. Die Diskussion war schwach; Kollege Würtke meinte, daß sowohl dem Vorstande wie dem Bezirksleiter die Schuld an dem Rückgang treffe, es könnten aber auch andere Umstände mitsprechen. Kollege Murschel als Revisor erklärte, die Kasse in Ordnung befunden zu haben, ebenso Belege und Bücher. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: Herrmann erster Vorsitzender, Voll zweiter Vorsitzender, Scharf erster Kassierer, Wumiller zweiter Kassierer, Schmidtberger erster Schriftführer, Schmidt zweiter Schriftführer, Würtke, Maier und Murschel Revisoren. Als Kartelldelegierte wurden Maier und Würtke gewählt. Kollegen von Mainz! Wollen wir weitere Siege erringen, dann heißt es agitieren und neue Kämpfer heranziehen.

Meuselwitz. Generalversammlung am 5. Januar. Kollege Wiemann als Vorsitzender und Kollege Schmidt als Kassierer gaben den Jahresbericht. Denselben ist zu entnehmen, daß im verflohenen Jahre eine Einnahme von M. 748,97 und eine Ausgabe von M. 649,66 zu verzeichnen ist. Die Revisoren Nothe und Hammerl haben Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden und beantragen, dem Kassierer EchARGE zu erteilen, welches einstimmig erfolgte. Kollege Wiemann forderte die Anwesenden auf, recht zahlreich an dem am Orte gebildeten Bildungskursus teilzunehmen. Des weiteren sei hierzu Geld künstlich zu halten, um gegebenenfalls den bestehenden Bildungsausfall zu unterstützen mit zahlender Münze. Nimmehr wurde zur Wahl geschritten. Der Gesamtvorstand schlägt vor, die Vorstandswahl und Kassiererposten wie früher wieder zu vereinigen, welches angenommen wurde. Als Vertrauensmann wählte man Kollege Kluge, ihm zur Seite steht Kollege Schmidt als zweiter Vorsitzender. Ferner wurden gewählt Kollege Warg als erster und Kollege Starke als zweiter Schriftführer. Als Revisoren kamen Thiel und Müller in Betracht. Wiemann bekräftigt sein Mandat als Kartelldelegierter, und werden denselben die Kollegen Nothe und Warg in Verbindungsfälle vertreten. Zuletzt ging noch ein Antrag ein, die Kartelldelegierten mit 30 % pro Sitzung zu entschädigen, was selbstverständlich gerechterweise beibehalten wurde. Mit einem Appell an die Mitglieder, die neue Verwaltung betreffs Agitation tatkräftig zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. Unsere Generalversammlung fand am 6. Januar statt und zeigte einen etwas schlechteren Besuch als im vorigen Jahre, was wohl dem Zustande zuzuschreiben ist, daß sie an einem Feiertage stattfand. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und ist demselben zu entnehmen, daß es wieder einen Aufschwung genommen hat. Zur E ledigung der Geschäfte waren 22 Vorstandssitzungen und 4 Vertrauensmännersitzungen nötig; außerdem fanden statt 4 öffentliche Väter-, 2 öffentliche Konditorversammlungen, 1 gemeinliche, 10 Mitgliederversammlungen der Väter und 4 der Sektion der Konditoren. Die statistische Zahl von 60000 Beiträgen wurde in diesem Jahre kassiert, das ist ein Mehr von 16000 Beiträgen gegen das Vorjahr. Aber auch im Bureau ist die Arbeit nicht weniger geworden. Der schriftliche Verkehr beträgt an Eingang 280 Karten, 412 Briefe, 1 Geschäftspapier, 248 Pakete, 114 Postanweisungen, 276 Drucksachen, 8 Telegramme; an Ausgang 139 Karten, 1616 Briefe, 5 Geschäftspapiere, 85 Pakete, 68 Postanweisungen, 19 016 Drucksachen und 1 Telegramm. Im Arbeitsnachweis wurden 604 offene Stellen gemeldet und 600 besetzt, darunter 57 feste und 543 Ausbittstellen, letztere für 1225 Tage. Der Arbeitsnachweis der Kon itonen zeigt folgende Frequenz: Stellenangebot 181, davon für ständige Stellen 134, Ausbittsarbeit 47 Tage. Vermittelt wurden 165 Personen. Die Mitgliederbewegung war folgende: Mitglieder vom Jahre 1906 1068, neuangehorenen 607, zugereist 109, vom Militär retour 27, zusammen 1809, gestrichen wurden 190, abgereist sind 251, zum Militär eingerückt 34, zu anderen Verufen übergetreten 20, Meiner geworden 9, gestorben 2, zusammen 506; mithin Mitgliederbestand 1303. Die Kassenverhältnisse sind folgende: Kassenbestand vom vorigen Jahre M. 3474,99, Einnahme M. 28 869,9, Gesamteinnahme M. 32 344,18; Gesamtausgabe M. 27 439,52, so daß ein Kassenbestand von M. 4704,66 vorhanden ist. Dieser Bericht wurde zum Teil er-

gänzt sowie in der Diskussion zufriedenstellend aufgenommen. Auch die Vorstandswahl vollzog sich schnell, indem zum Teil die alten und vier neue Mitglieder gewählt wurden. Mit einer feurigen Anfeuerung, auch im Jahre 1908 tapfer mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Regensburg. Am 9. Januar fand die statutenmäßige Generalversammlung statt. Kollege Ottenbacher gab, da der Kassierer verhindert war, den Kassenbericht. Kollege Gahner sprach über die Verbandsausgaben im vergangenen Jahre. Es müsse den Kollegen klargemacht werden, was mit den Verbandsbeiträgen geschehe; behaupteten doch die „Gelben“, daß Geld fliehe in Strömen auf Nummerwiedersehen nach Hamburg. Im allgemeinen könne man mit den Erfolgen in diesem Jahre zufrieden sein; die Bezirkskassierer hätten ihre volle Pflicht getan. Den Geschäftsbericht, dem der Bericht des Ganes folgte, gab Kollege Gahner; er rief den Kollegen nochmals den Verlauf des Streiks ins Gedächtnis zurück. Seine Ausführungen fanden aufmerksame Zuhörer. An den Geschäftsbericht knüpfte sich eine rege Diskussion. Aus den Wahlen gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: Johann Baptist Ottenbacher erster, Joseph Besser zweiter Vorsitzender; May Kainz erster, Joh. Altkofer zweiter Kassierer; Georg Meier erster, Ludwig Gahner zweiter Schriftführer; Paul Heinemann, Andreas Sahl und Heinrich Härtl Revisoren. Als Gewerkschaftsdelegierte fungieren die Kollegen Ottenbacher und Franz Naab. Als Bibliothekar wurde Kollege Gahlinger bestimmt. Der neue Vorstand versprach, seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen und überall Weiche zu legen, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Aber auch die Mitglieder müssen fleißig mitarbeiten in der Agitation, damit auch die noch fernstehenden Kollegen für unseren Verband gewonnen werden. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Väter- und Konditorverband wurde die Versammlung geschlossen. — Unterfützung wird Freitags nachmittags von 1 bis 2 Uhr beim Kollegen Gahlinger, „Schillerstraße“, ausgeschrieben.

Schönebeck a. E. Mitgliederversammlung am 9. Januar. Nach Verlesung des Kassenberichts wurde dem Kassierer EchARGE erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde von den Mitgliedern zum ersten Vorsitzenden Kollege Sonnentals vorgeschlagen, welcher nach einer Ansprache mit dem früheren Vorsitzenden, Kollegen Schild, die Wahl annahm. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Dreier gewählt, zum Kassierer Kollege Venz und als Revisoren die Kollegen Schild und Ohle. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Schild gewählt. Den Kartellbericht gab Kollege Schild, welcher allgemeinen Beifall fand. Kollege Schild gab bekannt, daß in absehbarer Zeit ein Nahrungsmittel-industrieverband gegründet werden solle, und da die Väter doch auch dazu gehörten, so sollten doch die Kollegen einmal ihre Meinung darüber äußern. Nach einer lebhaften Debatte über die Verschmelzungsfrage wurde von allen Kollegen die Verschmelzung gutgeheißen, da namentlich in Schönebeck unsere Organisation nur gewinnen könne. Nachdem noch diverse andere Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Schwerin. Öffentliche Väterversammlung am 12. Januar. Kollege Weidler sprach über: „Die durch den Zollwucher der Regierung und durch schlechte Ernte hervorgerufene kolossale Steigerung der Mehlpreise und aller anderen Rohmaterialien, die in der Bäckerei und Konditorei gebraucht werden und welche schweren Folgen sind daraus für Meister und Gesellen entstanden?“ „Wie kann der Schädigung unseres Gewerbes, durch welche auch unsere Lage sich noch weiter verschlechtern muß, abgeholfen werden?“ Der Referent legte in kurzen, klaren Worten den Kollegen die Ursachen und Folgen dieser hohen Preiskürigerun g auseinander, welche mit regem Interesse von den anwesenden Kollegen aufgenommen wurden. Leider wurde der Kollege Weidler einmal unterbrochen, weil der überwachende Veante die Besprechung der Bille als Politik ansah. Fünf neue Mitglieder wurden gewonnen und drei Kollegen stellten ihren baldigen Eintritt in den Verband in Aussicht. Im Anschluß hieran fand die diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Ohms gab den Jahresbericht, welcher von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Gewählt wurden die Kollegen Ohms als erster und Junge als zweiter Vorsitzender, die Kollegen als Kassierer und Kartelldelegierter hat der Kollege Ohms wieder mit übernommen. Als Revisoren wurden die Kollegen Kapke und Grotkopp gewählt. In „Verschiedenes“ wurde noch die Gründung des Industrieverbandes besprochen und standen die Kollegen dieser Gründung sympathisch gegenüber. Weiter wurde beschlossen, das Verbandslokal nach dem Gewerkschafts-

haus, Großer Moor 51, zu verlegen. Nach der Aufforderung des Vorsitzenden, in diesem Jahre kräftig zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Weglar. Die Generalversammlung am 5. Januar war von fast sämtlichen Kollegen besucht. Den Kassenbericht erstattete Kollege Sattler. Ein recht erfreulicher Aufschwung ist gegenüber dem vergangenen Jahre zu bemerken. Zweifellos ist daran der Streik schuld, der durch die ablehnende Haltung der Zünfte verursacht wurde. Wenn auch die Bewegung ohne Tarifabschluß beendet werden mußte, so konnten die Unternehmer doch nicht umhin, nennenswerte Lohnaufbesserungen geben zu müssen; Löhne von M. 5 pro Woche sind heute nicht mehr zu verzeichnen. Trotzdem finden sich immer noch einige Gesellen, die es nicht für notwendig erachten, der Organisation beizutreten. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ging glatt von statten. Sämtliche Gewählten verpflichteten sich, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß unser begonnenes Werk in diesem Jahre vollendet wird, dazu sei aber die Mithilfe jedes einzelnen notwendig. Hierauf hielt Kollege Laake einen Vortrag über die geplante Verschmelzung zu einem Industrieverband aller im Nahrungsmittelgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Nebenher sprach die Vorgeschiedte, ging in seinen Ausführungen auf die Entwicklung zum Großbetrieb ein und schilderte das Entstehen der Unternehmerorganisationen in diesen Verufen. Eine Reihe von Gesichtspunkten kommen für uns in Frage, die für eine Verschmelzung sprechen. Kleinlich sind die Einwendungen, die von den Gegnern der Verschmelzung ins Feld geführt werden. Von diesen wird sogar die Interessengemeinschaft der in Frage kommenden Berufskategorie bekritten. Eine Reihe von alt-eingelebten Zuständen bestehen heute noch in allen diesen Verufen. Fast überall wird mit den gleichen Mitteln zur Verschmelzung derselben geschritten. Kommt die Verschmelzung zu stande, dann siche eine ganz andere Macht hinter den einzelnen Berufssektionen, als das jetzt in den Verbänden der Fall ist. Kollege Sattler sprach ebenfalls im Sinne des Referenten. Beschlossen wurde noch, jeden ersten Mittwoch im Monat die Mitgliederversammlung nachmittags 3 Uhr bei Reinhardt, Sillhöferstraße, abzuhalten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Entwicklungen der deutschen Gewerkschaften. Der Bildhauerverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 4553 Mitglieder. Der Bestand der Hauptkasse betrug M. 58 697, die Summe der im Quartal ausgezahlten Unterstützungen M. 21 746,95. Davon erforderte die Streifenunterstützung M. 2235,70, die Arbeitslojenerstützung M. 14 075,50, die Meilenunterstützung M. 1919,25 und die Unterfützung Arbeitsunfähiger M. 3516,50.

Die Zahl der Mitglieder des Handschuhmacherverbandes betrug am Schlusse des dritten Quartals 3991. Für Unterfützungszwecke wurde im Quartal die Summe von M. 30 293,80 verausgabt.

Der Lederarbeiterverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 7903 Mitglieder, davon 134 weibliche. Für verschiedene Unterfützungszwecke wurden M. 18 969,36 verausgabt, davon für Arbeitslojenerunterstützung am Orte M. 13 581,80. Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug M. 60 835,44.

Die Mitgliederzahl des Lagerhalterverbandes betrug am Schlusse des dritten Quartals 1874 gegen 1811 Mitglieder am Schlusse des vorhergehenden Quartals.

Genossenschaftliches.

Der Konsumverein Sendling-München hat am 30. Juni 1907 das 21. Geschäftsjahr abgeschlossen. Die Mitgliederzahl stieg von 8836 auf 11 537. Der Gesamtumsatz betrug im abgelaufenen Jahre M. 3 044 055. Die Väterei beschäftigte am Schlusse des Geschäftsjahres 1 Backmeister und 25 Väter. Es mußten die Räumlichkeiten vergrößert und ein neuer Ofen aufgestellt werden, so daß jetzt ein Doppel-Einstichofen und drei Doppel-Auszugöfen in Betrieb sind. Produziert wurden Brode und Backwaren im Gesamtwerte von M. 446 866; außerdem wurden von Privatbäckern in Pasing Brode und Backwaren im Werte von M. 12 701 geliefert, so daß der Gesamt-

eine Soldat bewachte seine Kleider, während sich der andere Soldat auch entkleidete, um dem Gefangenen ins Bad zu folgen und gleich selbst ein Bad mit zu nehmen. In der Verwirrung und dem herrschenden Halbfinstern war es für einen der beiden Freunde das leicht ste Ding der Welt, Winihskins Platz einzunehmen, gerade in dem Moment, als der Wächter seinen Kopf mit Seisendraum emgehüllt hatte. Winihskin machte sich ruhig und entschlossen von dannen, und im Nu war er in den Kleidern eines seiner Freunde, dann einfach verschwindend. Unterdessen mußte sich der Freund so lange, bis er dachte, daß Zeit genügend vergangen sei für Winihskin, um einen Schlupfwinkel zu erreichen. Dann ging er, sich anzukleiden. Sofort erhob er ein Geschrei, daß jemand seine Kleider gestohlen habe. Da nun die Soldaten, die alle 24 Stunden die Gefängniswache wechseln, die Gefangenen nicht persönlich kennen, wurde der Mann, der zur Wache mit ins Bad gegangen war, natürlicherweise sehr verwirrt und war nicht im stande, seinen Gefangenen unter den Anwesenden herauszufinden. Es wurde Alarm geschlagen, aber ohne Zweck. Winihskins Gefangenentkleidung allein blieb übrig, bewacht von dem untröstlichen Soldaten. Von Winihskin selbst aber keine Spur. Der Freund brachte es zumege, jeden Verdacht der Wärterschaft von sich abzulenken, indem er sich aus höchste Entschlossenheit und Drohe, sich bei der Oberbehörde zu beschweren, daß überhaupt Gefangene in öffentlichen Bädern zugelassen würden. Dem Vater wird die Geschichte ohne Zweifel seltsam erscheinen und die Gefängnisbestimmungen unbegreiflich; aber in Russland ist manches unbegreiflich, und das Leben der Gefangenen dort ist nicht soviel an die Bestimmungen gebunden, sondern ist mehr in der Willkür und Gewalt der Beamten.

Dann trat Winihskin als Student in das Technikum in Petersburg ein, vertlich es aber bald wieder, um einen zweifelhaften Plan zur Befreiung des berühmten russischen Revolutionärs und Nationalökonomens Nicolai Gavrilowitsch Tschernishevsky auszuführen, welcher zur Zeit in dem elenden Nest Wiljuiisk in Sibirien schmachtete.

Tschernishevsky war unter aller Ideal und Prophet. Wir nahmen jedes Wort von ihm als eine Offenbarung, und mancher würde sein Leben eingesetzt haben für ihn, damit er fortfahren

könnte, für das Allgemeinwohl mit der Feder zu kämpfen. Bisslich verbreitete sich die schreckliche Kunde über ganz Russland, daß Tschernishevsky verhaftet und zu lebenslänglicher Verbannung in Sibirien verurteilt war. Es sickerte durch die offiziellen Berichte hindurch, daß eine bestimmte Anlage nicht zu grunde lag und daß seine Verhaftung einig und allein auf einen anonymen Brief hin erfolgte, der bei der Regierung eingegangen war, und in welchem er als Leiter der Jugend und lüftiger Sozialist bezeichnet wurde. Die Nachricht von der Verurteilung des geliebten Lehrers auf Grund eines anonymen Briefes, entsetzte die Mut seiner zahlreichen Bewunderer und mehrere erfolglose Versuche, ihn auf seinem Wege nach Sibirien zu befreien, wurden unternommen. Winihskin entschied sich nun für einen waghalsigen Plan, den er gänzlich auf eigene Faust auszuführen gedachte, selbst wenn es dabei sein Leben galt. Von diesem Moment an begann er mit unabhäufbarem Eifer, seinen Plan, voll der gefährlichsten Abenteuer, zur Ausführung zu bringen.

Geräume Zeit verging, ehe Tschernishevskys Fremde genau erfuhren, in welchem Gefängnis Sibiriens er sich befand. Dies war nun, wie schon erwähnt, Wiljuiisk, im nördlichen Teile des nordöstlichen Sibiriens. Winihskins Plan bestand in nichts Geringerem, als sich als Gendarm zu verkleiden und als solcher sich Papiere und Vollmachten zu verschaffen, die ihn ermächtigen, den Gefangenen von Sibirien nach Schlüsselburg zu überführen. Dieser Plan war nicht so erschreckend schwer, als er ansah, da die Regierung den Aufenthaltsort politischer Gefangener öfter wechselt und die örtlichen Behörden daran gewöhnt sind, solche an Spezialboten von Petersburg zu übergeben. Die Schwierigkeiten lagen vielmehr in den Einzelheiten des Unternehmens, in den großen finanziellen Erfordernissen der doppelten Reise nach Sibirien und zurück. Die Schwierigkeiten erscheinen erst im rechten Licht, wenn ich hinzusetze, daß die Provinz Irkutsk, in welcher Wiljuiisk liegt, 13 mal so groß ist, als ganz Großbritannien, und dann ist diese Provinz erst eine von den neuen Provinzen des asiatischen Russlands.

Mein, mit begrenzten Mitteln, ringsum von Feinden umgeben, einen solchen Plan vollzuführen, ist sicher eine größere

Selbentat als die des Dr. Mansen, der wenigstens allen menschlichen Willen und nur gegen die blinden Naturgewalten anzukämpfen hatte. Winihskin, auf der Reise zur Befreiung eines geliebten Genossen, mit einigen 100 Rubeln in der Tasche, und mit Papieren versehen, die gefährlicher zu tragen waren als Explosivstoffe, — dieser Gebante machte einen größeren Eindruck auf mich als irgend was, von dem ich je hörte oder las.

Da er seinen Plan wohl durchdacht hatte, erreichte er Irkutsk. Hier gab er vor, außer Dienst zu sein, und machte die Bekanntschaft mehrerer Gendarmen, deren Wohlwollen er sich durch ausgesprochenen Haß aller Revolutionäre bald erwarb. So geschickte spielte er die Rolle eines loyalen Untertanen, daß er bald einen Posten im Gendarmeriekorps erhielt. Hier gewann er das Vertrauen seiner Vorgesetzten durch gewissenhafte Pflichterfüllung, und in wenigen Monaten erhielt er einen Vertrauensposten, der ihm Zulaß zu den vertraulichsten Dokumenten und Siegeln der Regierung verschaffte. Damit vertraut geworden, fertigte er sich einen Befehl aus für den Gouverneur von Wiljuiisk, nach welchem dieser beauftragt wurde, Tschernishevsky auszuliefern an Winihskin zum Weitertransport. Welche Vorbereitungen letzterer getroffen hatte, im Falle des Gelingens beide zu verbergen, ist nicht bekannt geworden. Anscheinend war seine Absicht, Wladivostok zu erreichen und sich nach Amerika einzuschiffen. Ein furchtbares Unternehmen, doch weniger gefährlich, als die Landtour nach dem europäischen Rußland. Unter einigermaßen plausiblen Angaben gab er nun seinen Dienst auf und verließ Irkutsk, begleitet von den besten Wünschen und Bedauern seiner Kollegen. Nun begann erst der gefährlichste Teil des Unternehmens. Würde er fähig sein, die angenommene Rolle eines Gendarmerie-Offiziers bis zu Ende glücklich durchzuführen, zum Wohle dieser wichtigen Mission? Würde auch alles glatt ablaufen, nachdem der Gefangene ihm ausgedient war? Diese Fragen mögen höchst quälend gewesen sein, selbst für solch eisernen Charakter. Er war sich der Gefahren voll bewußt, indessen, nachdem er einige Wochen in Irkutsk verweilt, machte er sich auf nach Wiljuiisk, unwiderrücklich entschlossen, den geliebten Genossen zu befreien oder dabei unterzugehen.

(Schluß folgt.)

Umsatz in Backwaren M. 459 567 beträgt. Aus 1 050 193 kg Mehl wurden 444 647 Stück Brote und 5 166 920 Stück Semmeln usw., sowie 170 026 Stück Kapselbrote und dergl. andere Backwaren hergestellt. Die Produktionskosten betragen inkl. Rohlen, aber excl. Zutaten, M. 99 770. Das sind 22 pZt. vom Verkaufswert oder 24,56 pZt. der gesamten Herstellungskosten. Der Reinertrag der Bäckerei beträgt M. 52 560 oder 11,8 pZt. vom Verkaufswert, doch sind hier von noch die Verkaufskosten abzuführen. Im Vorjahre betrug der Reinertrag 17,3 pZt. vom Verkaufswert. Der Reinertrag wurde im Berichtsjahr durch die weitere Steigerung der Mehlpreise sowie der Rohlen ungünstig beeinflusst. Bei der Großverkaufsgesellschaft hatte der Verein im Jahre 1906 einen Umsatz von M. 626 600 gegen M. 597 800 im Vorjahre.

ssc. Englische Genossenschaftsproduktion im Jahre 1906. Das englische Arbeitsamt veröffentlicht soeben die Zahlen über den Umfang der durch die englischen Genossenschaften betriebenen Produktion im Jahre 1906. Es handelt sich hierbei um vier verschiedene Genossenschaftsarten: die Kornmühlengenossenschaften (Vereinigungen von Konsumenten zum gemeinsamen Betriebe von Kornmühlen), die eigentlichen Produktionsgenossenschaften, die selbstproduzierenden Konsumvereine und die beiden Großverkaufsgesellschaften. Diese Genossenschaften stellten Waren her im Werte von:

	1905	1906	Zu- oder Abnahme in 1906 gegen 1905 pZt.
Kornmühlengenossenschaften	27566560	19300360	- 30,0
Produktionsgenossenschaften	36646600	38262920	+ 9,9
Konsumvereine	127394140	136026380	+ 6,8
Großverkaufsgesellschaften	123082260	143003660	+ 16,2
Zusammen	314689560	337193320	+ 7,2

Der Rückgang der Mühlengenossenschaften erklärt sich aus der Verschmelzung zweier von ihnen mit der englischen Großverkaufsgesellschaft. Im übrigen haben alle Genossenschaftsarten Fortschritte in der Produktion aufzuweisen. Interessant ist, daß die Großverkaufsgesellschaften, Konsumvereine und Mühlengenossenschaften, also die für den organisierten Konsum produzierenden Genossenschaften, heute 94 pZt. der gesamten Genossenschaftsproduktion umspannen, während auf die für den freien Markt produzierenden eigentlichen Produktionsgenossenschaften nur 6 pZt. kommen. Vor zehn Jahren war das Verhältnis noch 85 zu 15 pZt. Dabei ist zu beachten, daß der größte Teil auch der von den Produktionsgenossenschaften erzeugten Waren an Konsumvereine als feste Kunden abgesetzt wird.

Was die Art der erzeugten Waren anbetrifft, so entfallen etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion, nämlich für M. 221 853 860, auf die Nahrungsmittelbranche und die Tabakfabrikation. Es folgt die Bekleidungsindustrie mit M. 58029 400, die Textilindustrie mit M. 18 141 480, das Baugewerbe, Steinbrüche, Möbelfabrikation mit M. 12 415 500, die Landwirtschaft und Fischerei mit M. 10 520 980, Seifen- und Lichterfabrikation mit M. 10 475 720, Druckerei mit M. 6 428 420, Metallindustrie, Maschinen- und Schiffsbau mit M. 3 174 420, und andere Industrien mit M. 1 153 540.

Im Jahre 1906 wurde in diesen genossenschaftlichen Produktionsunternehmungen die gewaltige Arbeiterarmee von 45 863 Köpfen beschäftigt, und zwar entfielen auf die Produktiv- und Mühlengenossenschaften (die hier zusammengefaßt sind) 8836, auf die Produktionsbetriebe der Konsumvereine 20 096 und die der Großverkaufsgesellschaften 16 431 Arbeiter. Von diesen Angestellten waren 15 497 oder 56 pZt. Männer, 13 005 oder 29 pZt. Frauen und der Rest von 6861 oder 15 pZt. junge Leute unter 18 Jahren. Der gesamte zur Auszahlung gelangte Lohn betrug M. 48 656 380. Außerdem gewährten noch 159 Genossenschaften ihren produktiven Arbeitern M. 639 140 Gewinnbeteiligung = 4,5 pZt. der an sie gezahlten Löhne oder M. 48 pro Kopf.

Die mächtige Entwicklung der britischen Genossenschaftsproduktion wird uns besonders klar, wenn wir uns vor Augen halten, daß heute nahezu der vierte Teil der von den Konsumvereinen abgesetzten Waren in genossenschaftlichen Betrieben hergestellt wird. Während der Umsatz der Konsumvereine in den letzten zehn Jahren um 73,5 pZt. gestiegen ist, hat sich ihre eigene und die für sie betriebene Produktion der Großverkaufsgesellschaften um 195 pZt. vermehrt. Leider sind die deutschen Konsumvereine noch sehr weit von diesen Erfolgen entfernt; aber sie sind im Stande, bei erstem Wollen und der Unterstützung der Arbeiterorganisationen vielleicht in wenigen Jahren dieselben einzuholen.

Polizei und Gerichte.

Gegen den Terrorismus der Unternehmer. Unentziehbar und strafbar sind Konventionalstrafen, die von Unternehmern vereinbart werden, um unsichere Kantontischen zum Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter zu zwingen.

Dieser Rechtsatz ist, wie wir feinerzeit mitteilen, in seinem zivilrechtlichen Teil vom Amtsgericht Niddorf und von dem Amtsgericht Berlin-Webding in dem Prozesse des Ehrenobermeisters Hermann Stuhlmann gegen mehrere Bäckermeister und in dem Prozesse des Obermeisters der Bäckerei in Niddorf gegen den Bäckermeister Brose (Reinholdsdorf) anerkannt. Mit dem Urteil hatte der Obermeister Liebing sich aber nicht zufrieden gegeben und Berufung eingelegt. Das Landgericht hat endgültig in demselben Sinne entschieden. Aus den Urteilsgründen heben wir wegen der Tragweite seines Inhalts das Wichtigste hervor:

„Der Beklagte hat am 19. März 1907 einen Verpflichtungsschein folgenden Inhalts ausgestellt:

„Hierdurch verpflichte ich mich Herrn Obermeister Emil Liebing gegenüber bei einer Konventionalstrafe von M. 30 für jeden Fall der Zuwiderhandlung während der Lohnbewegung im Bäckereigewerbe meinen Nachbarn dadurch keinen unläuteren Wettbewerb zu machen, daß ich ihre abgehenden Kunden an mich ziehe. Ich verpflichte mich daher, während des Lohnkampfes keine neuen Venteltunden oder Wiederverkäufer anzunehmen, noch irgend eine Bestellung aufzunehmen, durch welche aus meinem Geschäft Backware an Fremde, die bisher nicht meine Kunden waren, geschieht wird.“

Der Kläger verlangt vom Beklagten Zahlung von M. 30 Konventionalstrafe, weil er Backwaren an den Wiederverkäufer Behrendt verschickt habe.

Der Beklagte wendet ein, der Kläger sei nicht aktiv legitimiert und der Revers verstoße gegen § 152 G.-D.

Nachdem das Urteil dargelegt hat, daß der Einwand der Aktivlegitimation für die Frage bedeutungslos ist, ob der Vertrag rechtsgültig ist, fährt es fort:

„Dagegen ist dem Beklagten darin beizutreten, daß der Kläger aus dem Verpflichtungsschein keine Rechte herleiten kann, weil derselbe gegen § 152 G.-D. verstößt. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Entstehung des Verpflichtungsscheins auf einen Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen die Innung zurückzuführen ist, ob seine Entstehungsurache lediglich auf politischem Gebiet liegt oder ob es sich nur um einen wirtschaftlichen Kampf der Gesellen gegen die Meister handelt. Wie der Kläger vorträgt, bestand unter den Bäckergesellen eine Bewegung, die dahin zielte, bessere Lohnbedingungen zu erlangen. Nach der Behauptung des Beklagten erstrebten die Gesellen nicht höhere Löhne, sondern sie wollten von ihren Meistern eine in bestimmten Zeiträumen wiederkehrende ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden. Um diesen Zweck zu erreichen, mag es sich dabei um bessere Lohnbedingungen oder um bessere Arbeitsbedingungen gehandelt haben, wurden diejenigen Bäckereien und Backwarengeschäfte, welche die Forderungen der Gesellen nicht erfüllten, boykottiert. Das Publikum wurde in Flugblättern aufgefordert, bei ihnen keine Backwaren zu kaufen. Um die Wirkungen dieses Boykotts abzumildern, verpflichteten sich die Bäckermeister, während dieses Lohnkampfes keine neuen Venteltunden und Wiederverkäufer anzunehmen. Dadurch, daß andere Bäckermeister den Verkauf von Waren verweigerten, sollten die Kunden gezwungen werden, nach wie vor bei den von der Sperre betroffenen Meistern zu kaufen. Die Wirkung dieser Verpflichtungsscheine, wie ihn der Beklagte ausgestellt hat, bestand darin, daß durch den auf die Kunden ausgeübten Zwang, die Backwaren bei ihren bisherigen Lieferanten zu beziehen, der Boykott wirkungslos gemacht und die ausgesperrten Meister dadurch, daß ihnen ein Teil ihres Einkommens gesichert wurde, in die Lage versetzt wurden, ihren Widerstand gegen die von den Gesellen erstrebten besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten. Daß eben diese Wirkung durch die Revers erzielt werden sollte, ist dem Gericht nicht zweifelhaft gewesen. Die Gesellen sollten gezwungen werden, von den ihrerseits gestellten Forderungen Abstand zu nehmen. Es sollte die Aufrechterhaltung bestehender für die Meister im Sinne des § 152 der G.-D. günstigerer Arbeitsbedingungen erreicht werden. (Reichsgerichts-Entscheidung Band 50, S. 30.) Der vom Angeklagten ausgestellte Schein enthält daher eine Verabredung von Gewerbetreibenden zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solche Verabredungen begründen nach § 152 Abs. 2 G.-D. weder ein klagbares noch natürliches Schuldverhältnis. Weder Klage noch Einrede findet aus ihnen statt. Infolgedessen ist nach § 344 B. G. B. die für den Fall der Nichterfüllung des Versprechens getroffene Vereinbarung einer Strafe unwirksam.“

Die vorstehende Entscheidung befindet sich im Einklang mit dem Gesetz und der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Dennach sind die Vereinbarungen, durch welche Unternehmer sich verpflichten, Konventionalstrafen für die Fälle zu zahlen, in denen eine Einstellung von Arbeitern oder die Nichtausperrung von Arbeitern entgegen einem Beschluß der Unternehmerorganisation erfolgt, rechtsgültig. Diese Rechtsgültigkeit erstreckt sich insbesondere auch auf die sogenannten trockenen Wechsel. Aber nicht nur zivilrechtlich ungültige Verträge hat der Obermeister Liebing durch die charakterisierte Konventionalstrafenvereinbarung geschlossen, sondern sein Vorgehen, der Versuch, durch Klage die ungültigen Strafen einzutreiben, ist nach der Rechtsprechung, wie sie unter Billigung des Reichsgerichts gegen Arbeiter geübt ist, auch strafbar. Denn es stellt sich sein Vorgehen danach als eine versuchte Erpressung und als Verstoß gegen § 153 G.-D. dar. **Wird die Staatsanwaltschaft gegen den Obermeister Klage erheben?**

Die ollen ehrlichen Bäckermeister in Hamburg-Altona. Wir berichten in Nr. 2, daß man mehrere Bäckermeister wegen Mehlbesserei in Anklagezustand versetzt habe. Die Verhandlungen haben nunmehr vor der Strafkammer des Landgerichts I stattgefunden und zwar gegen mehrere Mehlkäufer wegen Diebstahls und gegen die Bäckermeister Konrad Kahl, Franz Jelenki und August Winter wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Fehler. Die Käufer waren bei Altonaer Mehlhändlern angestellt und sollen sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie, wenn sie Mehl an Kunden ihrer Prinzipale zu transportieren hatten, zuweilen einige Säcke mehr aufluden und dann damit fortfuhren. Schließlich kam die Geschichte heraus und nun ergab die Untersuchung, daß sie das gestohlene Mehl an die mitangeklagten Bäckermeister verkauft hatten. Die Bäckermeister, die das Mehl sehr billig eingekauft haben sollen, sollen auch gewußt oder angenommen haben, daß es nicht auf rechtmäßige Weise erworben war, deshalb wurden sie mit angeklagt. Kahl und Jelenki, die schwer belastet waren, wurden aus der Untersuchungshaft dem Landgericht vorgeführt. Während die Käufer geständig waren, bestritten die Bäckermeister ihre Schuld, indem sie behaupteten, nicht gewußt und nicht angenommen zu haben, daß es sich bei dem Mehl um Diebstahl gehandelt. Die Beweisaufnahme nahm mehrere Stunden in Anspruch. Das Resultat der Verhandlung war, daß die Käufer, die teilweise aus Not gehandelt haben wollen, zu Gefängnisstrafen von 1 bis 5 Monaten und Kahl und Jelenki zu je 1 Jahr Zuchthaus verurteilt wurden. Winter wurde kostenlos freigesprochen.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

In einem sonderbaren Verhältnis scheinen die „Christlichen“ zur Firma Stollwerk in Köln oder zu deren höheren Angestellten zu stehen, was nachstehendes Brieflein zeigt, das uns eine günstige Briefe vom Rhein zuwehte.

Kath. Arbeiterssekretariat.
Köln (Am Mohaus) Telefon 8078.

Köln, den 25. Oktober 1907.

Sehr geehrter Herr Inspektor!

Im Auftrage des Herrn Bezirkspräsidenten Schüller erlauben wir uns, bei Ihnen anzufragen, ob Sie den Vorzeiger dieses, Hermann Zündorf, irgendwie beschäftigen können.

Hochachtungsvoll
(Stempel des kath. Arbeiterssekretariats.)

Das christliche Verbändchen hält im Ammohaus seine Stollwerkarbeiterversammlungen ab, wobei selbstredend das Glend bei Stollwerk als Agitationsmaterial dienen muß, und das katholische „Arbeiterssekretariat“, das im gleichen Hause domiziliert, winkelt die Firma und ihre Vertreter darum an, dieses Glend doch ja „dem Vorzeiger dieses irgendwie“ — kosten zu lassen. Aber ja, wir irren: Christlich und katholisch soll im Gewerkschaftsleben der Melegionsgewerkschaftler nicht gleich sein?

Die Gelben laufen zum Rudi. Das Jahr 1908 scheint nicht so langweilig zu werden, wie das vergangene war. Wenn früher im Lager unserer Gegner der Verrat und der Streikbruch zu den edelsten Tugenden zählten, so zeigen uns die neuesten Vorkommnisse das Gegenteil. Sie glauben nämlich, wer Verrat treibt, ist kein Verräter, sondern ein patienter Kerl. Einer, der Lügen und Verleumdungen kübelweise über unbescholtene Personen ausschüttet, ist kein Lügner und Verleumder, sondern der ehrenhafteste Mensch. Und weil nun mal ein solches Herrlein beim richtigen Namen genannt wird, ersucht es den Staatsanwalt „ehrerbietig“, seine lädierte „Ehre“ zu flicken. Um mit dem „Leimrutenonkel“ zu reden: Ein „Schauspiel für Götter“.

Für heute wollen wir unseren Kollegen mitteilen, daß der Bäckergeselle Dremig-Gießen Klage gegen Kollegen Lankeß-Frankfurt a. M. angestrengt hat. Die angebliche Verleumdung soll in einer Versammlung in Gießen am 17. Juli gefallen sein. Der zweite Fall hat für unsere Organisation unendlich Wert. Hartmann! der Verleger der „Leimruten“, hat sich durch Kollegen Dumeleit-Frankfurt a. M. deshalb beleidigt gefühlt, weil das Kullenspiel der Gelben in einem Flugblatt (wörtlicher Abdruck in Nr. 2 unseres Fachblattes 1907, Beilage) den Bäckergesellen Frankfurt unterbreitet wurde. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir unseren Kollegen berichten.

Wischnowsky's Reinfall in Bochum. Der gelbe Bund hatte zum 12. Januar einen Delegiertentag und eine öffentliche Versammlung einberufen. Bevor der große Delegiertentag beendet war, hatte sich schon eine große Zahl unserer Kollegen eingefunden. Endlich erschien nun auch der Herr Wischnowsky mit seinem Stabe, um sein Licht auch in dieser Versammlung leuchten zu lassen. Kollege Bauer meldete sich zur Geschäftsordnung und beantragte Bureauwahl, aber mit Händen und Füßen sträubten sich die Gelben dagegen, und um nicht des Gemüthes verlustig zu gehen die Weisheiten Wischnowsky's zu hören, gaben sich unsere Kollegen zufrieden. Aber wie enttäuscht waren die Anwesenden! Nichts Neues brachte der gelbe Häuptling aufs Tapet, nur die alten Skalauer, die er den „geistreichen Leimruten“ entnommen, kante er den Kollegen zum Ueberdruß noch mal vor. Ueber das ungerneinte Zeug zu berichten, hieße dem Herrlein zu viel Ehre antun, auch würde es unsere Leser langweilen, da sie über die gelben Mägen genügend unterrichtet sind. Lieberbuch, Mitgliedsbuch und Flugblätter mußten herhalten für seine Verbrechen, um den „toten“ Verband totzureden, Terrorismus soll der Verband verüben, und aus den angeführten Beweisen ging hervor, daß es der Sprechmeister Vogel in Berlin war, den er meinte. Er erzählte: Ein zugereiteter Bäckergeselle suchte auf dem Verbandsbureau Arbeit, mußte sich aber erst in den Verband aufnehmen lassen, eher bekäme er keine Arbeit. Als derselbe nun begabigt habe, wurde ihm gesagt, er solle nach Vogel gehen, dort bekäme er Arbeit, und man hätte ihn mit noch 50 M. in der Tasche gehen lassen. Bei Vogel angekommen, habe derselbe ihn gefragt, ob er Papiere hätte. Der Note habe nun sein Verbandsbuch gezeigt, jedoch sagte Vogel zu ihm, darauf bekommen sie keine Arbeit! (Wer löbte nun Terrorismus?) Schwer scheint ihm die Broschüre: „Die entblöhte Schande der Gelben im Bäckergewerbe“ im Magen zu liegen. Unter anderem meinte er, es wäre schade, daß nicht jeder Gehülfe diese Broschüre hätte, und sagte, wir müßten doch welche verteilen. Dies lißen wir uns nicht zweimal sagen, jedoch verteilten wir sofort auch die letzte Broschüre und da zeigten sich die Gelben als riesenstarke Menschen; denn sie zerrissen die Broschüre und warfen sie in die Luft. Diese Heldentat ist der Gelben würdig. Aber der Gelben Wahnwitz: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, kam auch noch zur Geltung. Ein Kollege machte sich des graufamen Verbrochens schuldig, den großen Geist Wischnowsky durch Zwischenrufe zu stören. Flugs stieg der Vorsitzende Bobe von seinem Thron herab und forderte den Kollegen auf, den Saal zu verlassen. Ein anderer Gelber, welcher sich wahrscheinlich den Meistern gegenüber als Verbandsdiöter herportun wollte, schlug nun nach diesen hinausgewiesenen Kollegen mit seinem Stock, jedoch konnte ein christlicher Gewerkschaftler den Hieb abwehren. Als Wischnowsky mit seinem Geschwäg zu Ende war, wollte der Vorsitzende nur eine Redezeit von 10 Minuten gewähren; denn Wischnowsky müßte um 9 Uhr fahren, um zur Arbeit zu kommen. (?) Als erster Redner beantragte Schmig-Düsselndorf eine Stunde Redezeit, jedoch einigte man sich auf eine halbe Stunde. Schmig machte den Wischnowsky äußerst lächerlich und zitierte zum großen Aerger der Gelben das herrliche gelbe Lied: „Tief im Grunewald“. Bauer-Essen, und Vaaf-Dortmund traten Wischnowsky sachlich entgegen und sagten ihm manche derbe Wahrheit. Sodann verlas Schmig folgende Resolution: „Die heutige öffentliche Bäckerversammlung erklärt sich entschieden gegen die Treiberer der Gelben und fordert die Bäckergesellen auf, sich zur Wahrung ihrer Interessen einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.“

Wischnowsky wollte noch eine Diskussion darüber, welches aber von der Versammlung abgelehnt wurde. 55 Kollegen stimmten für und 36 gegen die Resolution. Da der Vorsitzende das Resultat der Abstimmung nicht bekannt geben wollte, übernahm Vaaf den Vorsitz. Nun trat Wischnowsky aus dem Hintergrunde und erklärte, Hartmann habe eben per Telegramm zu dem Siege des Bundes gratuliert. Armer Leimrutenonkel! Hättest Du diesen Sieg geahnt. — Dann forderte Wischnowsky Schmig und Vaaf auf, das Lokal zu verlassen. Kollege Bauer brachte ein Hoch aus auf den Bäckergewerkschaftlerverband und unter Absingen der Arbeitermarzellaise verließ alles den Saal, die Gelben wie die betrübten Lohgerber zurücklassend, die aber in ihrer Trübsal noch das wundervolle Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmten. Dies war der gelbe Anfang in Rheinland-Westfalen und wenn dem Wischnowsky nach größeren Erfolgen gelüftet, die dortigen Kollegen werden sie ihm verschaffen.

schlechten Essens auch sofort die Arbeit eingestellt. Sie verlangten M. 11,68 bzw. M. 19,10 für rückständigen Lohn und als Entschädigung. Nach den Darstellungen des Klägers A. bekamen die Gesellen morgens kein Frühstück außer einigen Bröckchen zum Kaffee, sein Bett war an fünf aufeinanderfolgenden Tagen nicht gemacht worden, ferner hatten sie am Mittag des 31. Dezember kein Fleisch bekommen, was übrigens häufiger vorkommen sein soll. Das Gericht vernahm die Ehefrau, die Verkäuferin und den Hausknecht des Meisters als Zeugen und kam zu der Auffassung, daß während des bezeichneten Wortwechsels auf beiden Seiten beleidigende Ausdrücke gefallen sind und mit Rücksicht darauf die herangezogene Beleidigung des Meisters für A. kein Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit sein könne. Zu demselben Ergebnis kam das Gericht in den Klagen der anderen Gesellen, und zwar mit der Begründung, daß das einmalige (!) Fehlen des Fleisches beim Mittagessen nicht als ein genügender Grund zum sofortigen Verlassen des Dienstes betrachtet werden könne. Nach dem Urteil erhalten die Kläger A., B. und Am. der Reihe nach M. 4,57, M. 2,57 und M. 12,10; da der Beklagte jedoch Widerklage erhoben hat, hat jeder von ihnen an den Meister M. 9,60 zu zahlen. Die weitergehenden Forderungen der Kläger wurden als unbegründet abgewiesen. — Uns befriedigt dieses Urteil nicht, weil in der Weiserhebung des Kofst- und Logieverhältnisses gar zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Dem Gericht genügt die unbedingte Aussage der Meisterfrau, daß die Gesellen nur am 31. Dezember kein Fleisch zu essen bekommen hätten, wie es im übrigen mit dem Frühstück, dem Mittagessen und insbesondere mit dem Schlafraum bestellt war, darüber vernahm man kein Wort. Wie notwendig aber gerade nach dieser Richtung hin Feststellungen am Plage waren, ersieht man aus dem Urteil. Durch die Aussage der „Frau Meisterin“ ist durchaus nicht bewiesen, daß die Gesellen „nur“ in einem Falle mangelhaftes Essen erhalten haben, sondern der Betrieb wird einer der Musterbetriebe sein, welche uns das Material liefern, den Kampf gegen das Schandsystem zum siegreichen Ende zu führen. Fort mit dem Kofst- und Logiszwang!

Internationales.

Friede in Dänemark.

Wir erhalten aus unserem Nachbarstaate folgende Schilderung vom Verlauf der dortigen Bewegung: Nach längerer Gewitterschwüle über unserem Berufs-, die einen schweren Kampf befürchteten liess, ist es endlich durch mehrmalige Verhandlungen gelungen, zu einem endgültigen Resultat zu kommen. Am 7. Oktober 1906 setzten die Verhandlungen mit der Jütländer Bäckerinnung ein. Erhebungen und Versammlungen folgten und vieles wurde hin- und hergeredet. Es war ein harter Prüfstein für unsere Kollegen und mehrmals drohte der Geduldsfaden zu reißen, und als im Oktober 1907 die Arbeitgeber den von ihren eigenen Vorstandsmitgliedern vorgeschlagenen Tarif ablehnten, wurde nur eine Stimme laut: Der Streik ist unvermeidlich! Als dann aber die Innungsvorstandsmitglieder ihr Mandat niederlegten, und der Streik wirklich auszubrechen drohte, kamen die Meister doch noch zur Besinnung und baten um erneute Verhandlungen. Endlich glückte es, am 23. November, nach vierzehnstündiger Tagung den Tarif durchzubringen und der ganze dänische Bäckerstand atmete auf, als die — wir erkennen es an — sachlich geführten Verhandlungen zu Ende waren. Das Resultat ist: Die Bäckergehülfen eines ganzen Landesteiles stehen als freie Menschen da, frei vom bedrückenden Joch des Kost- und Logissystems, frei vom entehrenden Gesindegesetz. In Stadt und Land ist der Bäckergehülfe durch diesen Tarif nun ein freier, wahlberechtigter Bürger geworden. Und dies ohne offenen Kampf — nur kraft der starken Organisation! (Der Wortlaut des Tarifs folgt weiter unten.) Die Tarifverhandlungen für die Insel Seeland haben noch zu keinem Ende geführt. Der strittige Punkt ist der von den Meistern gestellte Änderungsantrag! Dem Gehülfen soll es freistehen, Kost und Logis in oder ausser dem Hause des Meisters zu nehmen. Weil aber in fast allen Provinzstädten dieses System abgeschafft ist (Kopenhagen hat seinen eigenen Tarif), kann die Organisation hierauf nicht eingehen, und es ist gewiss, dass das Resultat schliesslich das gleiche sein muss wie in Jütland.

Zwischen den Konditor- und Pfefferküchlergehülfen und den Arbeitgebern gleicher Branche von Kopenhagen und Umgebung fand am 12. Dezember 1907 eine Verhandlung statt. Diese dauerte von 1 Uhr mittags bis bis 1½ Uhr nachts; da hierzu sowohl Meister wie Gehülfen mit voller Beschlussfreiheit erschienen waren, kam gleichfalls ein Tarif (siehe unten) zur definitiven Annahme.

Alles in allem können wir mit Genugtuung und Freude auf das verflossene Jahr zurückblicken und hoffen, dass auch das neue uns vorwärts bringen wird. Auch wünschen wir allen durch das internationale Sekretariat mit uns verbundenen Kollegen ein herzliches „Glückauf“ zum neuen Jahre!

Die Festlegungen lauten:

Lohn- und Arbeitstarif für Jütland.

I. Brotfabriken.

1. Der Wochenlohn beträgt für Gehülfen mindestens Kr. 22 (à M. 1,12), für den ersten eventuell alleinarbeitenden Kr. 24.

2. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 64 Stunden nicht überschreiten, eingerechnet täglich eine Stunde Esspause und verteilt in sechs Schichten.

3. Ueberarbeit wird mit 50 Oere (eine halbe Krone) bezahlt; eine halbe Stunde und darunter wird nicht vergütet.

II. Fein- und Landbäckereien.

4. Der Wochenlohn beträgt mindestens Kr. 21, für jüngere, bis höchstens zwei Jahre nach Ablauf der Lehrzeit, und für ältere schwache und minderleistungsfähige Gehülfen Kr. 19. Wo höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit vorhanden sind, sollen diese beibehalten werden.

5. Die Arbeitszeit beträgt höchstens 72 Stunden in der Woche mit eine Stunde täglich Ruhe- und Esspause. Wöchentliche Arbeitsfreiheit nach § 6 im neuen Bäcker-gesetz.

6. Ueberarbeit wird mit 40 Oere bezahlt.

7. Solange dieser Tarif besteht, darf kein Boykott oder eine Arbeitseinstellung stattfinden, weder vom Meister noch vom Gehülfen. Streitigkeiten aus dem Tarif werden einem von beiden Parteien gebildeten Schiedsgericht überwiesen.

8. Dem Schiedsgerichtsspruch soll von beiden Seiten unweigerlich Folge geleistet werden; weigert sich ein Meister oder Gehülfe, so soll betreffender aus seiner Organisation ausgeschlossen und nur durch Beschluss der betreffenden Hauptverwaltung wieder aufgenommen werden. Eine Organisation muss die andere sofort von der Ausschliessung oder Wiederaufnahme solcher Mitglieder unterrichten.

9. Dieser Tarif soll jedoch nicht verhindern, dass die kontrahierende Partei, ohne an einem vorhergehenden Schiedsgericht teilzunehmen, an einer vom dänischen Arbeitgeberverband eventuell von den zentralisierten Gewerkschaften gebotenen Arbeitseinstellung teilnehmen kann.

10. Der Tarif tritt am 1. Januar 1908 in Kraft und darf mit dreimonatlicher Kündigung gekündigt werden, jedoch frühestens zum 1. Januar 1910.

Herm. Stilling. Z. Friis.

Lohntarif für die Konditoren in Kopenhagen, Frederiksberg und Umgegend.

1. Als Minimallohnsätze sollen gelten: für alleinarbeitende Gehülfen Kr. 27,50, für Stellen wo zwei Gehülfen sind, werden Kr. 27,50 und 25 bezahlt, wo drei Gehülfen, werden Kr. 29, 27 und 25 bezahlt.

2. Lebküchler werden ebenso entlohnt. Freie Tages-aushülfenarbeit wird mit Kr. 4,50 bezahlt. Eisenbahn- und Tramwaybillets von und nach dem Arbeitsplatz werden vergütet.

3. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 63 Stunden nicht überschreiten (unberechnet eine Stunde Ruhepause) und verteilt sich auf sechs Tage à 10½ Stunden.

4. Dieser Tarif tritt sofort in Kraft und kann mit drei Monate Frist zu jedem 1. Oktober gekündigt werden, jedoch frühestens zum 1. Oktober 1911.

Die Nacharbeit der Bäcker in Italien abgeschafft.

Die Deputiertenkammer hat nach bloss halbstündiger Diskussion den vom Arbeitsamte auf Antrag der sozialistischen Fraktion ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, das die Nacharbeit im Bäckergewerbe verbietet, dessen Bestimmungen wir in Nr. 50 v. m. 13. Jahrgang gebracht haben, mit überwältigender Majorität angenommen. Die Regierung hatte dem Antrag ihre Unterstützung gewährt. Die Abschaffung der Nacharbeit ist seit kurzer Zeit in den wichtigsten Städten Italiens von den Bäcker-gewerkschaften schon aus eigener Kraft errungen worden. In Deutschland allerdings glaubt das verwöhnte Publikum nicht auf ein „frisches“ Morgenbäck verzichten zu dürfen. Die Meister glauben, sie müssten dem Verlangen Folge leisten und die Regierung vermag sich zu durchgreifendem gesetzlichen Schutze der Bäckerarbeiter nicht aufzuschwingen. So kommt es, dass in puncto Arbeiterschutz diesmal Italien Deutschland voran ist.

Die Gesetzgebung betreffend die Bäckereien in Grossbritannien.

Die Bestimmungen über die sanitären Zustände und die Arbeitszeit in Bäckereien in Grossbritannien und Irland sind in dem Fabriks- und Werkstättengesetz von 1901 enthalten. Als Bäckereien gelten diesem Gesetz zufolge alle Lokalitäten, in welchen Brot, Bisquit oder Zuckerbäckereiwaren hergestellt werden, wenn aus der Herstellung solcher Waren ein Gewinn gezogen wird. Betriebe von Wohltätigkeitsanstalten und religiösen Vereinigungen, die nicht zum Zwecke des Verkaufes Waren erzeugen, unterliegen dem Fabrik- und Werkstättengesetz nicht.

Auf die Reinhaltung, die Ventilation der Arbeitsräume usw. haben die allgemeinen Vorschriften des Fabrikgesetzes Bezug, ferner die besonders für die Bäckereien erlassenen Bestimmungen der Paragraphen 97 bis 102, auf Grund welcher als Bäckerei kein Raum benutzt werden darf, innerhalb dessen oder in direkter Verbindung mit diesem sich ein Abort oder ein Aschenkasten befindet. Die Zuleitung des Wassers für die Bäckerei muss von der des Abortspülwassers getrennt sein. Abzugskanäle oder Abzugsrohre für Fäkalien und Spülwasser dürfen innerhalb einer Bäckerei keine Öffnung haben. Die Person, die einen Raum, für den diese Voraussetzungen nicht zutreffen, als Bäckerei verwendet, ist zu bestrafen, und zwar mit einer Geldbusse von höchstens 40 Schilling (ebensoviel Mark) und mit einer weiteren Geldbusse von nicht mehr als 5 Schilling für jeden Tag, den die gesetzwidrige Benutzung des Raumes nach der Verurteilung dauert. Die gleiche Strafe ist auch über den Besitzer des Lokals zu verhängen (vorausgesetzt, dass es sich um ein gemietetes Lokal handelt). — Wenn auf die Anzeige eines Fabrikinspektors oder eines Sanitätsbeamten des Distriktes hin das zuständige Gericht findet, dass ein als Bäckerei benutztes Lokal wegen der erwähnten oder sonstiger Missstände in sanitärer Beziehung zu dieser Benutzung ungeeignet ist, so beträgt die Strafe, welche der Inhaber zu zahlen hat, 40 Schilling im ersten Falle und bis zu 100 Schilling in jedem Wiederholungs-falle. Das Gericht hat ausser der Geldstrafe oder statt ihrer dem Inhaber Massnahmen zur Beseitigung der Missstände anzuordnen, die innerhalb einer festgesetzten Zeit durchgeführt sein müssen; auf Verlangen kann die Frist verlängert werden, sollte aber auch dann der Anordnung des Gerichtes nicht entsprochen sein, so hat der Inhaber für jeden weiteren Tag der Verzögerung eine Strafe von höchstens 20 Schilling zu zahlen.

Die Innenwände und Decken sowie alle Stiegen und Gänge einer Bäckerei müssen mit Oelfarbe gestrichen, lackiert oder mit Kalk getüncht sein. Gestrichene Wände müssen wenigstens alle sechs Monate einmal mit heissem Wasser und Seife gewaschen werden; der Anstrich ist längstens alle sieben Jahre zu erneuern.

Getünchte Wände sind wenigstens einmal in sechs Monaten neu zu tünchen.

Ein in demselben Gebäude und in derselben Etage wie die Bäckerei gelegener Raum kann nur dann als Schlafgemach verwendet werden, wenn die Scheidewände vom Fussboden bis zur Decke reichen und wenn ein nach aussen gehendes Fenster von mindestens 9 Quadratfuss vorhanden ist, wovon wenigstens 4½ Quadratfuss geöffnet werden können. Die erstmalige Uebertretung dieser Bestimmung wird mit einer Geldbusse von höchstens 20 Schilling, die wiederholte Uebertretung mit Geldbussen bis zu 100 Schilling geahndet.

Ein Kellerlokal darf als Bäckerei nicht benutzt werden, wenn es nicht schon vor dem 1. Januar 1902 demselben Zwecke diente. Seit 1. Januar 1904 dürfen von diesen Bäckereien nur mehr solche in Kellern weiterbetrieben werden, die von den Distriktsräten die Bescheinigung erhalten, dass ihre Konstruktion und Einrichtung zweckentsprechend ist. Als Keller sind nach dem Gesetz Lokale zu verstehen, deren Fussboden sich mehr als drei Fuss unter dem Niveau des Gehweges der angrenzenden Strasse oder des zunächst-gelegenen Grundstückes befindet.

Der auf einen Arbeiter entfallende Luftraum muss in der Regel — wie in anderen Betrieben — während der normalen Arbeitszeit mindestens 250 Kubikfuss und während der Ueberstunden mindestens 400 Kubikfuss betragen. Durch eine Verordnung vom 1. Januar 1904 wurde jedoch vorgeschrieben, dass in den Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh bei Verwendung einer künstlichen (ausgenommen der elektrischen) Beleuchtung in allen Bäckereien ein Mindestluftraum von 400 Kubikfuss pro Arbeiter vorhanden sein muss; zugleich wurde der Mindestluftraum der Bäckereien in Kellerlokalen, ohne Rücksicht auf die Tageszeit, zu welcher der Betrieb stattfindet, auf 500 Kubikfuss für den Arbeiter erhöht.

Die Bäckereien gehören zu jenen Betrieben, welchen bezüglich der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Personen und Frauen Begünstigungen zugestanden sind. Jugentliche Personen im Alter von 14 (unter gewissen Bedingungen 13) bis 18 Jahren dürfen in Textilfabriken an den ersten fünf Wochentagen nur von 6 bis 6 oder 7 bis 7 Uhr tags (einschliesslich zweistündiger Pausen), an Sonnabenden längstens von 6 bis 12½ Uhr oder von 7 bis 1 Uhr (einschliesslich halb- oder einstündiger Pausen) beschäftigt werden. In anderen Fabriken und Werkstätten währt die Arbeitszeit der jugendlichen an den ersten fünf Wochentagen entweder von 6 bis 6, 7 bis 7 oder 8 bis 8 Uhr tags, in besonders vom Staatssekretär des Innern bezeichneten Betrieben auch von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends (einschliesslich anderthalbstündiger Pausen); an Sonnabenden hat die Arbeitszeit ehestens um 6 Uhr früh zu beginnen und spätestens um 2 Uhr nachmittags zu endigen, oder um 7 Uhr früh zu beginnen und um 3 Uhr nachmittags zu endigen (einschliesslich einer halbstündigen Pause). In Brotbäckereien dürfen hingegen jugendliche männliche Personen, die das sechzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, von 5 Uhr früh bis 9 Uhr abends verwendet werden, wobei 1. die Arbeitspausen mindestens sieben Stunden betragen müssen; 2. die Beschäftigung, wenn sie an einem Tage vor der normalen Arbeitszeit beginnt, an demselben Tage nicht über den Schluss dieser normalen Arbeitszeit hinaus verlängert werden kann; 3. kein Jugendlicher, der an einem Tage über den Schluss der normalen Arbeitszeit hinaus beschäftigt war, am nächsten Tage vor dem Beginn der normalen Arbeitszeit wieder beschäftigt werden darf. Als normale Arbeitszeit gilt dabei die Arbeitszeit der Jugentlichen unter 16 Jahren und der Frauen, die in der Bäckerei durch Anschlag bekannt gegeben ist (auch dann, wenn Jugentliche unter 16 Jahren und Frauen dort nicht beschäftigt sind). Bäckerei-Inhaber, die Jugentliche vor oder nach der normalen Arbeitszeit beschäftigen wollen, haben mindestens eine Woche vorher dem Fabrikinspektor davon die Anzeige zu erstatten und eine diesbezügliche Kundmachung in den Betriebsräumen anzuschlagen.

Ueberarbeit der in Brot- und Biskuitbäckereien beschäftigten Frauen, Jugentlichen und Kinder ist für die Dauer einer halben Stunde im Tag gestattet, ausgenommen am Sonnabend, doch darf sie nur am Schlusse des regelmässigen Arbeitstages, nicht aber in der Frühe oder während der für Pausen festgesetzten Zeit stattfinden. Die normale Arbeitszeit der Frauen darf, wie die der jugendlichen Personen, über Perioden von zwölf Stunden (am Sonnabend sechs Stunden) ausgedehnt werden und sie darf 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Kinder dürfen nur als „Halbzeiter“ beschäftigt werden, das heisst, entweder nur halbe Tage oder jeden zweiten Werktag. Sonntagsarbeit ist allgemein verboten (auf Grund der Gesetze über die Sonntagsheiligung).

Die Mehrheit der Bäckereien untersteht der Kontrolle der Fabrikinspektoren; in Kleinbäckereien, die nur direkt an die Konsumenten ihre Erzeugnisse absetzen, obliegt die Durchführung der Vorschriften über die sanitären Zustände den Sanitätsbeamten der Distriktsräte.

Sozialpolitisches.

Spanische Dörfer. Die Bäckermeister von Worms und den umliegenden Dörfern sind über Nacht Unzufriedener geworden. Was hat? Weil eine Unmenge Missstände an das Tageslicht gekommen, Polizeiverordnungen erlassen und dann mehrere Verhaftungen erfolgt sind. Einmütig wurde deshalb in einer Bäckermeisterversammlung ein Protest gegen die Behörden angenommen. Wir wissen, daß unsere Bäckermeister mit wenigen Ausnahmen auf sozialen Gebiet an letzter Stelle marschieren und das ganze Terrain für sie mit spanischen Dörfern besetzt ist. Wie ist es aber mit gesundem Menschenverstand vereinbar, wenn man ständig protestiert, daß behördlicherseits für die Berufscollegen gesunde Räume geschaffen und die zum Leben notwendige Ware sanitär einwandfrei hergestellt werden soll? Zu Leben und Wohlfahrt der allgemeinen Bevölkerung nicht jowiel wert wie der Profit der Bäckermeister? Wohl versteht man den Schmerz kapitalschwacher Kranten! Wäre es aber nicht vernünftiger, mit Güte der Innungen auf genossenschaft-

Allen Chemnitzer Bäckergehülfen

empfehlen sein freundliches Restaurant nebst Billard.
Gute Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.
Dienstags, Donnerstags und Sonntags:
Großer Bäckerverkehr.
Restaurant „Annengarten“, Annenstraße.
Paul Bilz und Frau.

Stomkes Städtebuch.

Reiseführer d. Deutschl. und angr. Länder mit Eisenb.- u. Wegekarte, 356 Seit., geb. M. 1,20. In allen Buchhandlungen zu haben ob. geg. Einbindung v. M. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengehülfen

empfehlen sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie.

Georg Prem, Walterstr. 21, 1. Et., Rckgb.

Unserem braven Kollegen Joh. Olschewski nebst seiner lieben Braut zu ihrer Verlobung

die besten Glückwünsche!

Mitgliedschaft Danzig.

Zur Beachtung!

Heute ist der 4. Wochenbeitrag (19. bis 25. Januar) fällig.

Verbandsmitglieder!

Besucht alle ohne Ausnahme die Generalversammlungen der Mitgliedschaften, wo es sich darum handelt, tüchtige und fähige Kollegen mit der Leitung der Geschäfte der Zahlstellen zu betrauen. Bezahlt regelmäßig und pünktlich Eure Beiträge und agitiert energisch für die Stärkung des Verbandes!

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 19. Januar:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Bant-Wilhelmshaven: (Öffentliche) Nachm. 4 Uhr bei Haberland, Grenzstr. 38.
Bochum: Nachm. 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8.
Celle: Nachm. 4 Uhr bei Knop, Freigewiese (Referent Dskar Altmann).
Düsseldorf: Nachm. 3 Uhr bei M. Gwald, Breitestr. 15.
Forst i. d. L.: Nachm. 3 Uhr bei Mielke, Bahnhofsstraße.
Görlitz: Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43.
Köln a. Rh.: Nachm. 3 Uhr im Volkshaus.
Leipzig: Nachm. 3 Uhr im Volkshaus, Zeigerstraße.
Magdeburg: Vorm. 10 1/2 Uhr im „Sachenhof“.
Münster: Im „Gasthof zur Pfalz“, Wellenweierstr. 38.
Oldenburg i. Gr.: Bei Schuhmacher, Kurwilsstr. 28.
Plauen i. Vogtl.: Nachm. 2 1/2 Uhr.
Reiz: Nachm. 3 Uhr im „Franziskanerkeller“.

Dienstag, 21. Januar:

Bielefeld: Nachm. 5 Uhr bei Blome, Weberstr. 5.
Braunschweig: Abends 8 1/2 Uhr in Stegers Vierpalast.
Mainz: Nachm. 2 Uhr bei Thiele.
Zwickau: Im „Brauereischloßchen“, Schloßstr. 2.

Mittwoch, 22. Januar:

Rönigsberg: Nachm. 3 Uhr im „Felsenkrug“, Bröndchenstraße 4.
Traunstein: Nachm. 2 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“.

Donnerstag, 23. Januar:

Freiburg. (Öffentliche) Nachm. 3 Uhr im „Freischütz“.
Konditoren, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikbranche Abends 8 1/2 Uhr im „Auerbahn“.
Mannheim: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8.

Freitag, 24. Januar:

Schwabach, Roth und Umgegend: Nachm. 3 Uhr im „Wallfisch“, Reuthorstraße.

Sonntag, 26. Januar:

Bant-Wilhelmshaven: Nachm. 3 Uhr bei Held, Grenzstraße 34.
Bremen: (Öffentliche) Nachm. 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Faulenstraße (Referent: Kahl).
Chemnitz: Nachm. 3 Uhr in „Stadt Meissen“, Rochlitzerstraße.
Crimmitschau: Nachm. 3 Uhr in der Zentralherberge.
Frankfurt a. M.: Nachm. 1 Uhr in Konfordiaaal, Großer Dirschgraben 19.
Henningsdorf: Nachm. 4 Uhr bei Lehmann.
Hersford: Vorm. 10 Uhr bei W. Gilbert, Brüderstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Seeren, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

lichem Wege diesen schwächeren Elementen technische Hilfsmittel anzuschaffen, saubere räumliche Betriebsverhältnisse einzurichten oder umzubauen? Wir sind der festen Überzeugung, daß dies eine eminente Hilfe der schwachen Meister sein würde und den Anforderungen der Zeit besser entspräche als im reaktionären Fahrwasser weiteranzugehen. Dann würde wahrscheinlich im wirtschaftlichen Werdegang das Handwerk nicht so schnell auf der Strecke liegen bleiben! Jedenfalls wäre es vernünftiger, als einen akademisch gebildeten Generalsekretär mit der Aufgabe zu betrauen, die Gesellen und ihre Kulturforderungen niederzuknüppeln. Dann würden aber auch die Bäckermeister keine Polizeiverordnungen zu fürchten brauchen und könnten sich ihre Massenproteste sparen. Und die Gehülfen müssen gleichfalls endlich die Lehre ziehen, sich nicht mehr mit einigen hundert Mark in völlig kulturwidrigen Behausungen eine Existenz gründen zu wollen, sondern sie müssen vereint mit der Kollegenschaft im deutschen Bäcker- und Konditorenverband auskömmliche Löhne- und Arbeitsbedingungen erkämpfen. Nach Erreichung dieses Zieles würde keiner Lust haben, mit einem von heute auf morgen vegetierenden Scheinmeister zu tauschen. Wer aber sein meisterliches Ziel erreichen will, den fragen wir: „Bist Du dem wirtschaftlichen Kampfe gewachsen — führst Du Deine Existenz auf ehrlicher Basis? Wenn nicht, so werden wir Deine Gegner; denn wir werden unter allen Umständen auch von Dir unser Recht fordern!“ Wir können uns nicht auf Polizeiverordnungen verlassen, weil wir wissen, daß, wenn die Behörden auch ernstlich wollen, die meisten Mißstände ihnen und den Gewerbe-Inspektionen doch verborgen bleiben, solange nicht Berufsgenossen bei der Kontrolle zur Hilfe mit herangezogen werden. Erst wenn diese alte Forderung erfüllt wäre, könnte von einem einigermaßen durchgreifenden Nutzen solcher sozialpolitischen Maßnahmen gesprochen werden und erst dann würden die Bäckermeister in ihnen etwas anderes sehen als spanische Dörrier. B.

Aus dem Innungslager.

Anfrage an die „Westf. B.- und K.-Ztg.“. Im Sommer 1907 spielte sich in Köln ein Brotkrieg, d. h. eine Bewegung der Bäckermeister zur Erhöhung der Brotpreise ab, über dessen Verlauf die „Westf. B.- und K.-Ztg.“ bis heute noch nicht berichtet hat. Weber unmittelbar nach Beendigung dieses Brotkrieges noch am Jahresabschluss im üblichen „Mischblatt“ finden wir eine Erwähnung desselben. Wenn dieser Krieg den Feldherren gerade auch keine Vorbeeren einbrachte, so wäre es doch Chronistenpflicht gewesen, hierüber wenigstens in dem Organ zu berichten, das schon immer den Montieur der auch in diesem Kampfe die Feldherren Spielenden bildete.

Wir fragen daher: Ist es Rücksicht auf den wackelnden Obermeiertron oder die Ansicht gewesen, daß auch über die Bewegungen im Meisterlager nur die Gesellenblätter berichten müssen, was einen Bericht nicht zuließe? Sollte letzteres der Fall sein, so sind wir gerne bereit, heute noch einen nachträglichen Bericht zu bringen, trotzdem wir der Ansicht sind, daß die „Westdeutsche“ augenblicklich über mehr Raum verfügen dürfte — die Inserate haben nachgelassen — als unser Blatt.

Wiederum ein neuer Generalsekretär! Wir haben schon vor kurzem gemeldet, daß Herr Dr. Westphal seinen Generalsekretärposten beim Zentralverband deutscher Bäckerinnungen niedergelegt hat. Er hatte genug von den boziernten, rückständigen Feldherren der Bäckerinnungen; denn er war ein anständiger Kämpfer, der in den Reihen der Bäckermeister nicht paßte. An seine Stelle trat Dr. Köhner, ein Bäckermeistersohn, von dem wir erwarteten, daß er gut mit den Oberscharführern auskommen würde, war er doch ein halber Fachmann. Wir haben uns aber getäuscht. Diefem Herrn wurde kurzerhand von dem Vorstand gekündigt, sicherlich, weil auch er nicht in das Horn der Innungsrückwärtler blasen wollte. Scheinbar haben die Zünftler nun die Nase voll von den Bäckerdoktoren; denn nunmehr wurde die Stelle ausgeschrieben und von den drei auf engerer Wahl stehenden Herren kein Doktor, sondern ein einfacher Herr B. Erteilt, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Handwerkskammer zu Posen, gewählt. Wir befürchten, daß auch dieser Herr der Germania-Innung bald wieder Balet sagen wird. Dann werden die von der Bäckerzunft aber den Ehrenpaarisch oder den Ehrenvogel als Generalsekretär anstellen müssen. Und dann wird alles ein Herz und eine Seele sein und die Germania-Innung wird ihren Krebsgang weiter fortsetzen können. Oder wie war's mit dem Leimrutenonkel?

Die Bäckerinnungen abgeblüht! Wie wir seinerzeit berichteten, haben die Bäckerinnungen dagegen Protest erhoben, daß dem Antrage eines Brotfabrikanten an die Eisenbahnverwaltung stattgegeben werde, frisches Gebäck in das Verzeichnis der zur Beförderung in Privatgüterwagen zugelassenen Güter aufzunehmen. Einmütig erklärten sie, daß dies zum Ruin der Kleinbetriebe im Bäckergewerbe führen würde, und Herr Kälberer schrieb sogar in seinem Leibblatt, der Antrag müsse im Interesse der Gesellen abgelehnt werden, denn sonst könnten nicht mehr 95 pZt. der Bäckergehilfen Meister werden, wie es jetzt der Fall sei! Die Eisenbahnverwaltung ist aber auf den Schwindeln nicht hineingefallen, sondern, hat wie das Innungsorgan, die „Deutsche Bäckerzeitung“, schreibt, der Innung mitgeteilt, daß der Antrag angenommen sei. Die Durchführung dieses Beschlusses dürfte zum 1. April erfolgen. Alles Stimmeln gegen Verkehr und Technik nützt den Rückwärtlern im Innungslager nichts; sie werden trotz ihrer Schwindelmanöver über den Haufen gerannt. Und das mit Recht!

Die Herren von der Bäckerzunft laufen Sturm gegen die neue Bäckerverordnung und finden bei den Behörden Verständnis für ihre profittlichen Schmerzen.

In Dieburg hatten sich 70 Bäckermeister zusammengefunden, um nach der Melodie des Darmstädter Obermeisters Weber in allbekannten Tonarten gegen die neue Verordnung zu schimpfen. Auch der Fabrikinspektor Maack aus Offenbach nahm an dieser Zusammenkunft teil, um den Herren vom Bäckertag etwas auf die Strümpfe zu helfen, wie sie es machen müssen, die Verordnung für sich illusorisch zu machen. — Als wenn die Herren nicht schon wüßten, daß die Behörden ihnen nicht so leicht auf die Hüfneraugen treten. — Er erklärte, die Verordnung sei zwar plötzlich gekommen, aber sie wäre notwendig; bei seinen öfteren Revisionen habe er Arbeitsstätten angegriffen, die nicht mehr zeitgemäß und unhaltbar seien. Anstatt nun aber den Leigmagnaten ernstlich zu empfehlen, der Verordnung Rechnung zu tragen, meinte der Herr, die Bäckermeister sollten sich, wenn ihr Betrieb beanstandet würde, nur an die

Behörde wenden, es werde Milde und Stundung gewährt! Der Herr Fabrikinspektor ist vielleicht nicht mehr so jugendlich, um nicht schon genügend Erfahrung gesammelt zu haben, daß die Bäckermeister sich den Teufel um Verordnungen kümmern; denn wenn er sich Mühe geben will, so findet er eine ganze Anzahl Betriebe — auch in seinem Bezirk —, wo die Bestimmungen der Verordnung vom 4. März 1896 doch nicht innegehalten werden, trotzdem sie schon vor zirka zwölf Jahren erlassen wurden. Wenn den Herren vom Bäckertag schon fast vor Erlass der neuen Verordnung mit den winzigen Bestimmungen Stundung und Milde zugesichert wird, da hätte man sie lieber noch sieben Jahre im Schoße der preußischen Regierung ruhen lassen sollen; denn soziale Verordnungen sind doch nicht einzig und allein dazu da, um der Phraze: „Deutschland in der Sozialpolitik voran!“ scheinbare Berechtigung zu verleihen. Es steht eben Unternehmerprofit auf dem Spiele, da läßt die Behörde eine verderbliche Nachsicht, die zum Schaden der Allgemeinheit ausschlägt und nur einer gewissen Clique nützt.

Auch die Hamburger und schleswig-holsteinischen Obermeistern der Bäckerzunft hatten eine Zusammenkunft in Elmshorn am 13. Januar, um über Maßnahmen gegen die neue Bäckerverordnung zu verhandeln. Anwesend waren 50 Obermeister aus den Innungen von Hamburg, Altona, Elmshorn, Wandsbeck, Oldenburg, Kellinghusen, Neumünster, Sleswig, Seide, Glückstadt, Kiel, Harburg, Uetersen, Pinneberg, Haltenhof und Hohenwestedt. Der Reichstagsabgeordnete Carstens nahm an den Verhandlungen teil. Obermeister Knost-Hornburg führte unter anderem aus: Wenn das Bäckergewerbe glaubte, mit dem Maximalarbeitsstag und der Sonntagsruhe genug getroffen zu sein, so habe es sich gründlich geirrt. Die neue Verordnung sei viel einschneidender und übertreffe alle in den größeren Städten bereits früher erlassenen Verordnungen. Nach den angestellten Erhebungen entspreche die größte Anzahl der Betriebe nicht den in der Verordnung gestellten Anforderungen. (1) Hiervon werden selbst die in den letzten Jahren neu erbauten Betriebe betroffen, die nun als gesundheitsgefährliche Räume angesehen werden. Es wird gar nicht gefragt, ob der Umbau möglich ist, sondern einfach diktatorisch verfügt. Auf Beschwerden hat man Dispens auf kurze Zeit erteilt; diese Dispense geschehen ganz willkürlich auf kürzere oder längere Frist. Sie sind geeignet, die Unruhe im Bäckergewerbe noch zu erhöhen. In der Debatte werden von verschiedenen Rednern die in ihren Städten gemachten Erfahrungen mit der neuen Verordnung vorgebracht. Obermeister Wobstiel bemerkte, in Kiel sollten acht Betriebe in ganz kurzer Frist geschlossen werden. In einem Falle war der Bäcker Wächter und wollte Schadenersatz vom Hauswirt verlangen. Letzterer, ein alter Mann, war auf den Mietertrag seines Hauses angewiesen und wäre bei der Durchführung der Verordnung ruiniert gewesen. Es ist dem Bäcker Dispens bis 1917 erteilt worden. Auch in einem andern Falle, wo der Betrieb in drei Monaten geschlossen werden sollte, ist der Dispens bis 1917 ausgedehnt. Redner erklärt, daß die Behörde das größte Entgegenkommen gezeigt habe. Dasselbe Verständnis haben wir auch in Schleswig gefunden. Redner appelliert sodann an seine Kollegen, nur fortgesetzt auf dem Posten zu sein und sich nicht überbieten zu lassen. Die Dispense seien ja eine große Verhütung, ganz werden sie das schwebende Damokelsschwert aber nicht beseitigen können. Man müsse deshalb bestrebt sein, vollständige Ruhe zu schaffen, schon des Nachwuchses der Gesellen wegen, damit sie nicht, weil ihnen die Sache zu unsicher erscheine, abschwanken.

Wie übel muß es doch mit den Betriebsräumen in den Bäckereien bestellt sein, wenn schon der Obermeister Knost erklären muß: die größte Anzahl der Betriebe entspricht nicht den in der Verordnung gestellten Anforderungen. Und wir fügen hinzu, wäre auch nur eine sehr milde Bestimmung über die Beschaffenheit der Schlafräume in die Verordnung aufgenommen, dann würden nur sehr wenige Betriebe den Vorschriften genügen. Acht Betriebe sollten in Kiel geschlossen werden! Wer die einzelnen Peshöhlen dort kennt, muß sich wundern, daß nicht gegen mehr Betriebe ernste Maßnahmen ergriffen werden. Die Behörde hat aber nach der Erklärung des Obermeisters Wobstiel das größte Entgegenkommen gezeigt und duldet es, daß auf weitere zehn Jahre die Gesundheit der in solchen Betrieben Beschäftigten zerrütet wird, damit nur nicht der Profit einer rückständigen Unternehmerclique um ein wenig geschmälert wird. Herrlich weit haben wir es gebracht! Im Unternehmerinteresse wird die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung geopfert! Wenn auch die Behörden Ihnen, Herr Wobst, zu Willen sind, Ruhe werden Sie doch nicht bekommen. Wir werden schon dafür sorgen, daß die Bevölkerung über die „Musterbäckereien“ auf dem laufenden erhalten bleibt, und daß endlich auch die Bäckergehilfen, welche jetzt noch Ihnen und Ihren Helfershelfern, den Hartmann und Wächterschwarz nachlaufen, dahin aufgeföhrt werden, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn endlich mit der Schandwirtschaft im Bäckergewerbe aufgeräumt wird. Dann wird ihnen die Sache schon unsicher erscheinen und sie werden dorthin abschwanken, wohin sie gehören, in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband, der eine solche Lotterwirtschaft nicht duldet.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Preussischen Parteitages ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde.

Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preussischen Staatszustände darbietet.

Der Preis für die gute Ausgabe beträgt M. 2; eine billige Ausgabe für Vereine zc. kostet 50 s.

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 2 (Verlag von M. Ernst, München). Drei vortreffliche, farbenprägende Bilder schmücken sie: Veteles, schläft Du? — Der Hock geföhrt. — Knecht Rupprecht! — Das Münchener Revolvergeschick gab Veranlassung zu dem Leitgedicht: Polizei-Herrlichkeit, dem eine kleine Rundschau folgt. — Die Tugend von Allenstein (Geb.). — Zwischen Glossen präentiert sich ein markantes neues Staatsiegel für U. St. of A. — Neue Waiseilasse (Geb.). — Schwindsüchtig, Kulturstudie von W. K. — Wie die „Hirsche“ nach Wasser schreien (Geb.). — Blaues Blut (Geb.) und viele andere Gedichten und Satiren. Die Nummer voll Wig, Anregung und Humor kostet 10 s.